



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

JAHRESBERICHT 2008

Nationalrat



Herausgeber und Medieninhaber: Parlamentsdirektion. Redaktion: Dr. Karl Megner, MAS.

Bildnachweis Titelbild: Parlamentsdirektion/Bernhard Zofall; Motiv: Pallas Athene, Medienwand im BesucherInnenzentrum

Bildmontage: Parlamentsdirektion/Dieter Weisser

Beiträge, Statistiken, sonstige Mitarbeit: Johann Achter; Ing. Josef Andres; Harald Brunner; Michael Buchner; Dr.ⁱⁿ Elisabeth Dietrich-Schulz; Veronika Eigner; Dr. Wolfgang Engeljehring; Mag. Leopold Fruhmam; Dr.ⁱⁿ Martha Giefing; Mag. Thomas Holzinger; Mag.^a Maria-Luise Janota; MMag.^a Ines Kerle; Mag. Gerhard Koller; Mag.^a Sophie Landertshammer; Mag.^a Hannah Lessing; Mag. David Loretto; Mag. Philipp Neuhauser; Dr.ⁱⁿ Sieglinde Osiebe; Dr. Erich Saurugger; Dr. Günther Schebeck; Mag.^a Elisabeth Schindler-Müller; Christian Schwestka; Mag. Peter Stadlbauer; Mag.^a Gerda Steinberger; Stefan Swoboda; Mag. Alexis Wintoniak; Dr. Joseph Wirnsperger; Dr. Jörg Wirrer; Mag. Ernst Zimmermann; Bernhard Zofall.

Verleger: Springer-Verlag GmbH. Parlament Transparent 1/09 erscheint als Beilage zum „Journal für Rechtspolitik“ Nr. 1/2009. Graphisches Konzept: Strobelgasse Werbegesellschaft m. b. H. Graphische Gestaltung (Datenkonvertierung und Umbruch): Parlamentsdirektion/Dieter Weisser. Druck: Ferdinand Berger & Söhne Gesellschaft m.b.H., 3580 Horn.

Wien, im Februar 2009



EDITORIAL



Foto: © Petra Spiola

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

der vorliegende Jahresbericht ist Bilanz der legislativen Arbeit ebenso wie Einblick in die vielfältigen Aktivitäten und Arbeitsbereiche des österreichischen Parlaments.

Ein wesentlicher Schwerpunkt war auch dieses Jahr die weitere Öffnung des Hauses für BesucherInnen. Die Bemühungen, Kenntnisse um Demokratie und Parlamentarismus schon an die Jüngsten in unserer Gesellschaft zu vermitteln, wurden im Rahmen der Demokratiewerkstatt fortgesetzt.

Darüber hinaus war das Parlament mit einer Vielzahl an Veranstaltungen wieder Ort des gesellschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Dialogs.

2008 war auch ein Jahr der Rückblicke: Unter anderem feierte die Republik ihren 90. Geburtstag – ein Jubiläum, zu dem im Parlament die Republikausstellung eröffnet wurde. Vor 70 Jahren verlor Österreich seine Unabhängigkeit. Aus diesem Anlass fand am 12. März in Erinnerung an den so genannten Anschluss Österreichs im Historischen Sitzungssaal des Hohen Hauses eine gemeinsame Gedenksitzung von Nationalrat und Bundesrat statt.

Der internationalen Arbeit des Nationalrates und der wachsenden europäischen Zusammenarbeit widmet sich der Bericht ebenfalls sehr ausführlich.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und lade Sie ein, sich auch mittels der Website des Parlaments zu informieren (www.parlament.gv.at).

Mag.^a Barbara Prammer
Präsidentin des Nationalrates



INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	Seite	3
Inhaltsverzeichnis	Seite	5
Bilanz der legislativen Parlamentsarbeit im Jahr 2008	Seite	6
Die konstituierende Sitzung des Nationalrates am 28. Oktober 2008 und die Regierungserklärung am 3. Dezember 2008	Seite	11
Ausschüsse des Nationalrates und Untersuchungsausschuss	Seite	14
Geschäftsordnungs-Komitee	Seite	21
Die Tätigkeiten des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Jahr 2008	Seite	22
Parlament und Europa	Seite	24
Internationale Kontakte	Seite	28
Bau- und Sanierungsvorhaben 2008	Seite	32
Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen: Statistisches Material zu Veranstaltungen und Parlamentsführungen	Seite	35
Zu den Veranstaltungen des Parlaments während des Jahres 2008	Seite	36
Die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein	Seite	45
Erstmals Wahlberichterstattung aus dem Hohen Haus	Seite	48
Informationsangebote des österreichischen Parlaments	Seite	49

BILANZ DER LEGISLATIVEN PARLAMENTSARBEIT IM JAHR 2008

Am 18. Juli 2008 ging die Tagung 2007/2008 der XXIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates zu Ende. Der Herr Bundespräsident hatte für den 9. September 2008 die ordentliche Tagung 2008 der XXIII. Gesetzgebungsperiode einberufen, an die sich eine außerordentliche Tagung anschloss. Die Tagung 2008/2009 der XXIV. Gesetzgebungsperiode wurde mit der konstituierenden Sitzung am 28. Oktober 2008 eröffnet. Im Berichtszeitraum fanden 41 Sitzungen des Nationalrates statt.

Wichtige Beschlüsse, die der Nationalrat im Jahr 2008 gefasst hat, waren unter anderem:

XXIII. Gesetzgebungsperiode

- Bundesgesetz zur Stärkung des Interbankmarktes
- Bundesgesetz über Maßnahmen zur Sicherung der Stabilität des Finanzmarktes
- Pflege-Verfassungsgesetz
- Ausweitung der Kompetenzen für Pflegekräfte in Privathaushalten
- Novellierung des Gleichbehandlungsgesetzes für die Privatwirtschaft und des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes
- Fristverlängerung für Naturalrestitutionen
- Änderung des Behinderteneinstellungsgesetzes und des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes
- Novellierung des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes
- Änderung des Bauträgervertragsgesetzes - mehr Schutz für WohnungswerberInnen
- Ökologisierung der Wohnbauförderung
- Novellierung des Anti-Doping-Bundesgesetzes 2007
- Ausweitung des Nichtraucher-schutzes durch eine Novelle des Tabakgesetzes

Darüber hinaus hat der Nationalrat Entlastungsmaßnahmen gegen die stark steigenden Preise beschlossen, darunter etwa:

- Senkung bzw. Streichung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für BezieherInnen niedriger Einkommen
- Erhöhung der Pendlerpauschalen und des Kilometergeldes
- Vorziehen der nächsten Pensionserhöhung
- Einführung einer Pensionsanpassung schon im ersten Jahr nach der Pensionierung
- Pensionserhöhung auf Basis des Pensionisten-Index
- Gesetz zur Dämpfung eines drohenden Inflationsschubs bei Mieten
- Erhöhung des Pflegegeldes
- Verlängerung der Pensions-Langzeitversichertenregelung („Hacklerregelung“) bis zum Jahr 2013
- Auszahlung einer 13. Familienbeihilfe jeweils im September



Weiters fanden folgende Beschlüsse eine Mehrheit im Nationalrat:

- Jugendbeschäftigungspaket mit einer Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- Abschaffung der Studiengebühren
- Studienförderungsgesetz
- Einführung von freien Familienheimfahrten für Lehrlinge sowie die Freifahrt für Studierende
- Direkte Ausbezahlung der Familienbeihilfe an junge Erwachsene
- Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Schutz von Kindern
- Aufstockung der Förderungen für Ökostrom
- Steuerliche Anreize für umweltschonende Fahrzeuge und Heizöle (Ökologisierungsgesetz)
- Verpflichtende Meldung von Schenkungen

Mit Hinblick auf den internationalen Kontext ist die Zustimmung zum Vertrag von Lissabon zu nennen. Das Europäische Übereinkommen über die Ausübung von Kinderrechten wurde als Staatsvertrag ratifiziert. Das UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde mehrheitlich angenommen.

In Form von ganztägigen parlamentarischen Enqueten befasste sich der Nationalrat im Jahr 2008 mit den Themen „Medienrecht und Opferschutz“, der beabsichtigten Novellierung des Universitätsgesetzes sowie der Zukunft der Musikwirtschaft und der Musikausbildung in Österreich.

Die Kritik der Opposition an der verspäteten Vorlage umfangreicher Abänderungen zu einzelnen Gesetzesvorhaben zeitigte Konsequenzen. So wurde ein Gesetzesvorhaben, die Ökostromgesetz-Novelle, an den zuständigen Ausschuss rückverwiesen.

XXIV. Gesetzgebungsperiode

- Konjunkturbelebungs-gesetz 2008
- Reform Wertpapieraufsichtsgesetz
- 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2008 (Unfallrenten aufgewertet)
- Dienstrechts-Novelle 2008

Übersicht betreffend die Tätigkeit des Nationalrates im Kalenderjahr 2008

	XXIII.	XXIV.	GESAMT	ABSTIMMUNG			
	GP	GP		Anz.	%	Anz.	%
ANZAHL DER PLENARSITZUNGEN	32	9	41				
davon „Sondersitzungen“	3	1	4				
davon Zuweisungssitzungen	14	4	18				
DAUER DER PLENARSITZUNGEN							
Stunden	198	33	231				
Minuten	13	8	21				
				einstimmig		mehrstimmig	
				Anz.	%	Anz.	%
VOM PLENUM BESCHLOSSEN, GENEHMIGT BZW. ZUR KENNTNIS GENOMMEN:							
Gesetze	85	8	93	45	48,40	48	51,60
davon Bundesverfassungsgesetze	1	–	1	–	–	1	100,00
Staatsverträge	19	–	19	12	63,20	7	36,80
Vereinbarungen gemäß Artikel 15a B-VG *)	2	–	2	2	100,00	–	–
Berichte der Bundesregierung	10	–	10	4	40,00	6	60,00
Berichte der Volksanwaltschaft	–	–	–	–	–	–	–
Berichte des Rechnungshofes	14	–	14	13	92,6	1	7,14
StenoProtokolle über parlamentar. Enqueten	–	–	–	–	–	–	–
Bundesrechnungsabschluss	–	–	–	–	–	–	–
VON AUSSCHÜSSEN ZUR KENNTNIS GENOMMEN:							
Berichte der Bundesregierung oder ihrer Mitglieder	33	–	33	21	63,63	12	36,37
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN MITGL. D. BREG.							
davon dringliche Anfragen	5	1	6				
SCHRIFTLICHE ANFRAGEN AN							
Präsidenten d. Nationalrates	18	1	19				
Präsidenten d. Rechnungshofes	4	–	4				
Ausschussobmänner	–	–	–				
FRAGESTUNDEN	7	–	7				
AUFGERUFENE MÜNDLICHE ANFRAGEN							
davon SPÖ	11	–	11				
davon ÖVP	12	–	12				
davon Grüne	7	–	7				
davon FPÖ	8	–	8				
davon BZÖ	4	–	4				
MÜNDLICHE ZUSATZFRAGEN							
davon SPÖ	31	–	31				
davon ÖVP	30	–	30				
davon Grüne	35	–	35				
davon FPÖ	33	–	33				
davon BZÖ	38	–	38				
AKTUELLE STUNDEN	7	1	8				
AUSSCHUSS-SITZUNGEN							
Unterausschuss-Sitzungen	11	7	18				
Untersuchungsausschuss-Sitzungen	21	–	21				
Sitzungen von Enquete-Kommissionen	–	–	–				
Sitzungen von Enqueten	3	–	3				
Sitzungen der Präsidialkonferenz	13	3	16				

*) Bundes-Verfassungsgesetz Artikel 15a. (1) Bund und Länder können untereinander Vereinbarungen über Angelegenheiten ihres jeweiligen Wirkungsbe-reiches schließen ...



Übersicht betreffend die schriftlichen Anfragen im Kalenderjahr 2008

gerichtet an	SPÖ	ÖVP	Grüne	FPÖ	BZÖ	Gemeins.	Gesamt
Bundeskanzler	8	7	34	17	41	-	107
Vizekanzler	-	-	1	-	-	-	1
BM ohne Portefeuille	1	-	-	2	-	-	3
BM f. Frauen, Medien und Regionalpolitik	4	6	13	9	20	-	52
BM f. europäische und internationale Angelegenheiten	24	4	51	16	28	1	124
BM f. Finanzen	46	3	41	15	59	2	166
BM f. Gesundheit, Familie und Jugend	57	4	33	22	53	-	169
BM f. Inneres	114	2	495	24	62	1	698
BM f. Justiz	47	7	107	15	55	-	231
BM f. Landesverteidigung	6	25	111	12	23	-	177
BM f. Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	43	1	31	15	75	-	165
BM f. Soziales und Konsumentenschutz	23	8	26	17	38	-	112
BM f. Unterricht, Kunst und Kultur	19	19	51	16	80	1	186
BM f. Verkehr, Innovation und Technologie	26	14	49	17	89	-	195
BM f. Wirtschaft und Arbeit	39	1	30	21	38	-	129
BM f. Wissenschaft und Forschung	33	2	20	14	23	1	93
Präsident des Rechnungshofes	1	1	3	1	2	-	8
Präsidentin des Nationalrates	-	3	4	5	7	-	19
Summe	491	107	1100	238	693	6	2635

Dringliche Anfragen, Dringliche Anträge, Petitionen und Bürgerinitiativen

	XXIII. GP	XXIV. GP	GESAMT
DRINGLICHE ANFRAGEN	5	1	6
davon SPÖ	1	-	1
davon ÖVP	1	-	1
davon Grüne	-	1	1
davon FPÖ	2	-	2
davon BZÖ	1	-	1
DRINGLICHE ANTRÄGE	3	-	3
davon SPÖ	-	-	-
davon ÖVP	-	-	-
davon Grüne	1	-	1
davon FPÖ	2	-	2
davon BZÖ	-	-	-
eingelangte Petitionen	4	1	5
eingelangte Bürgerinitiativen	13	7	20

Quelle: Abt. Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik der Parlamentsdirektion

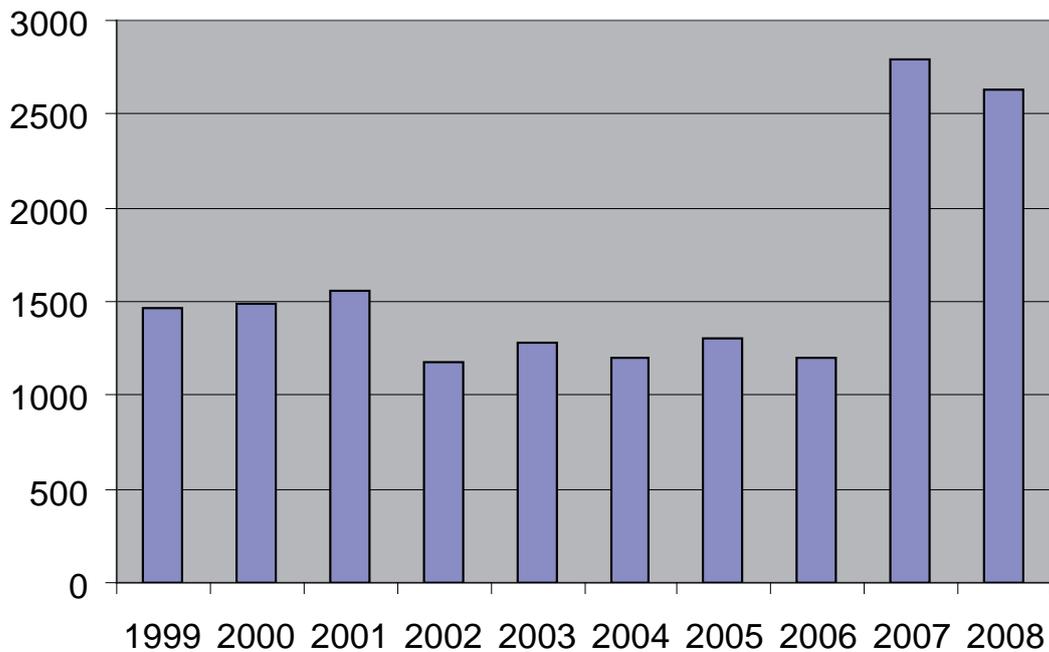
Anmerkungen:

Im Kalenderjahr 2008 erfolgten mehr als 48 % der Gesetzesbeschlüsse einstimmig. Dies liegt deutlich über dem langjährigen Durchschnitt, der knapp 37% beträgt.

Von den vier Sondersitzungen des Nationalrates im Jahr 2008 fanden je eine auf Verlangen des BZÖ, der Grünen und der SPÖ statt. Eine Sitzung wurde von BZÖ, FPÖ und Grünen gemeinsam beantragt. Das BZÖ thematisierte „den Dauerstreit der Regierung und die Rekordbelastungen“, die Grünen den „Machtmissbrauch des Innenministers für parteipolitische Zwecke“ (es wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt) und die SPÖ das „Versagen des Wirtschaftsministers bei der Bekämpfung der Teuerung“. Die von den Oppositionsparteien BZÖ, FPÖ und Grünen gemeinsam beantragte Sondersitzung befasste sich mit „aktuellen Ereignissen im Bankenbereich und in staatsnahen Unternehmen“.

Die schriftlichen Anfragen erreichten in den Jahren 2007 und 2008 Höchststände (dazu die nachstehende Graphik).

Anzahl der parl. Anfragen pro Jahr



DIE KONSTITUIERENDE SITZUNG DES NATIONALRATES AM 28. OKTOBER 2008 UND DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG AM 3. DEZEMBER 2008

Der Bundespräsident hat gemäß Artikel 27 Absatz 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes mit Entschließung vom 14. Oktober 2008 den am 28. September 2008 gewählten Nationalrat für Dienstag, den 28. Oktober 2008 einberufen. Mit diesem Tag begann die ordentliche Tagung 2008/2009 des Nationalrates der XXIV. Gesetzgebungsperiode.

Die Tagesordnung dieser ersten Sitzung umfasste die Angelobung der Abgeordneten, die Wahl des Nationalratspräsidenten, der SchriftführerInnen und OrdnerInnen sowie einiger Ausschüsse (Hauptausschuss, Unvereinbarkeitsausschuss,

Immunitätsausschuss, Finanzausschuss). Für etliche Abgeordnete war die Angelobung eine Premiere, rund ein Viertel der 183 MandatarInnen zog zum ersten Mal in den Nationalrat ein.

Gelöbnisformel: „Sie werden geloben: unverbrüchliche Treue der Republik Österreich, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten.“

Die Mandatsverteilung im Nationalrat lautet: SPÖ 57, ÖVP 51, FPÖ 34, BZÖ 21, Grüne 20.

Die konstituierende Sitzung fand im Beisein des Herrn Bundespräsidenten statt. Eröffnet wurde die Sitzung mit den Klängen der Bundeshymne

Die Abgeordneten nahmen die Wahl der drei PräsidentInnen des Nationalrates vor, die der Geschäftsordnung gemäß geheim durchzuführen ist. Barbara Prammer (S) wurde erneut zur Nationalratspräsidentin gewählt. Sie bedankte sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen und kündigte unter anderem einen neuen Anlauf zur Reform der Geschäftsordnung des Nationalrates an. Als wichtiges Anliegen nannte sie überdies, das Ver-



Abb. 1. Konstituierung des Nationalrates am 28.10.2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

trauen der Bevölkerung in die Politik zu stärken.

Zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates wählten die Abgeordneten Michael Spindelegger (V). Er hatte dieses Amt ebenfalls bereits in der vergangenen Legislaturperiode inne. Bei der Wahl des Dritten Präsidenten setzte sich Martin Graf (F) gegen den von den Grünen nominierten Kandidaten Alexander Van der Bellen durch.

Traditionell kommt der stärksten Fraktion im Nationalrat das Nominierungsrecht für die Präsidentin / den Präsidenten, der zweitstärksten Fraktion für die Zweite Präsidentin / den Zweiten Präsidenten und der drittstärksten Fraktion für die Dritte Präsidentin / den Dritten Präsidenten zu. Fritz Neugebauer wurde am 3. Dezember 2008 zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates gewählt. Die Wahl war notwendig geworden, weil der bisherige Zweite Nationalratspräsident Michael Spindelegger zum Außenminister ernannt wurde.

Zu SchriftführerInnen wurden Marianne Hagenhofer, Rosa Lohfeyer (beide S), Jakob Auer, Anna Franz (beide V) und Manfred Haimbuchner (F), zu OrdnerInnen Rosemarie Schönpass (S), Ridi Steibl (V), Harald Stefan (F), Sigisbert Dolinschek (B) und Dieter Brosz (G) gewählt.

Die neue Zusammensetzung des Nationalrates hat auch eine neue Sitzordnung im Plenarsaal bewirkt. Die FPÖ hat mit den Grünen Platz getauscht und sitzt nun, vom Präsidium aus betrachtet, links der Mitte, direkt neben der SPÖ. Die rechte Seite des Plenums teilen sich nunmehr (von außen nach innen) die ÖVP, das BZÖ und die Grünen. Deutlich geschrumpft ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten. Bei der konstituierenden Sitzung wurden 50 Mandatarinnen angelobt, das entspricht einem Frauenanteil von nur knapp mehr als 27%. (Am Beginn der XXIII. Gesetzgebungsperiode betrug der Frauenanteil 31%).

Gleich am ersten Tag der XXIV. Legisla-

turperiode beschlossen die Abgeordneten auch die ersten Gesetze. Sie reagierten damit auf die aktuelle Finanz- und die beginnende Wirtschaftskrise. So wurde etwa auf Vorschlag der Regierung in einer weiteren Nationalratssitzung ein Konjunkturbelebungs paket zur Unterstützung der mittelständischen Wirtschaft verabschiedet.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Werner Faymann

Bundeskanzler Werner Faymann betonte in seiner Regierungserklärung am 3. Dezember, dass die neue österreichische Regierung vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen stünde, die nach sachlicher Analyse rasch und ausreichend durch akkordiertes Vorgehen von Staaten und Notenbanken bewältigt werden müssten. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise würde auch zu einer besonderen Herausforderung für die Europäische Union werden. Die Union werde, wie auch Österreich, die Ziele eines stabilen Arbeitsmarktes sowie die Ziele einer sozialen Union voranstellen müssen. Obwohl die Lage ernst wäre, warnte der Bundeskanzler vor allzu viel Pessimismus. Die Konjunktur wäre zu stabilisieren, die Arbeitsplätze wären zu erhalten und die Kaufkraft der ÖsterreicherInnen wäre zu stärken. Die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt sowie die Herstellung der Einkommensgerechtigkeit wären konsequent voranzubringen.

Der Mensch, nicht der Umsatz oder der Gewinn, sollte künftig im Mittelpunkt der Politik sein. Alle SteuerzahlerInnen würden durch eine vorgezogene Steuerreform deutlich entlastet, besonders aber der Mittelstand. Der Bundeskanzler bekannte sich zum solidarisch finanzierten, starken öffentlichen Gesundheits- und Pensionssystem, wobei politische Entscheidungen von der Politik zu treffen wären. Besonders widmen will sich der Bundeskanzler den sozial Schwachen, die durch die Finanzkrise nicht un-



Abb. 2. Mag.^a Barbara Prammer nach ihrer Wiederwahl zur Präsidentin des Nationalrates am 3. Dezember 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

verschuldet unter die Räder kommen dürfen. Für die Bekämpfung der Armut sei die Mindestsicherung besonders wichtig. Die Pflege sei abzusichern, zu erweitern und nachhaltig zu finanzieren. Die Reform des Gesundheitswesens habe für die Regierung höchste Priorität.

Weitere zentrale Punkte der Erklärung waren: Der Wille zur gemeinsamen Arbeit von SPÖ und ÖVP und ganz besonderes Augenmerk auf die Jugendbeschäftigung. Die Chancengleichheit und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wären voranzubringen, die Väterbeteiligung weiter zu fördern. Auch der Ausbau der Kinderbetreuungen sollte forciert werden, wobei 70 Millionen Euro jährlich für ein verpflichtendes Kindergartenjahr vorzusehen wären. Weiters sollten ein österreichischer Hochschulplan entwickelt sowie 50 Millionen Euro zusätzlich für Bildung bereit gestellt werden.



Abb. 3. Regierungserklärung am 3. Dezember 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)



Abb. 4. Regierungsbank am 3. Dezember 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

AUSSCHÜSSE DES NATIONALRATES UND UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Ausschüsse des Nationalrates (XXIII. GP im Zeitraum 1.1.2008 bis 27.10.2008)



Ausschuss für Arbeit und Soziales

Obfrau seit 28.02.2007: Renate Csörgits (S)

Foto: Petra Spiola



Außenpolitischer Ausschuss

Obmann: Mag. Andreas Schieder (S) von 27.11.2007 bis 02.07.2008

Foto: DeSt



Bautenausschuss

Obfrau seit 28.02.2007: Mag. Ruth Becher (S)

Foto: Hubert Dimko



Budgetausschuss

Obmann seit 17.11.2006: Jakob Auer (V)

Foto: Renate Katteneder



Familienausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Ridi Maria Steibl (V)

Foto: Sissi Furgler



Finanzausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll (V)

Foto: Wirtschaftsbund NÖ



Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie

Obfrau seit 29.11.2006: Michaela Sburny (G)

Foto: Claudia Prieler



Geschäftsordnungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Michael Spindelegger (V)

Foto: Schnabl



Gesundheitsausschuss

Obfrau seit 20.06.2007: Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F)

Foto: W. Bichler



Gleichbehandlungsausschuss

Obfrau seit 20.05.2008: Mag. Gisela Wurm (S)

Vorgängerin: Gabriele Heinisch-Hosek (S) von 29.11.2006 bis 08.04.2008

Foto: Cornelia Kaufmann



Hauptausschuss

Obfrau seit 30.10.2006: Mag. Barbara Prammer (S)

Foto: Petra Spiola



Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses

Obfrau seit 30.10.2006: Mag. Barbara Prammer (S)

Foto: Petra Spiola



Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Michael Spindelegger (V)

Foto: Schnabl



Immunitätsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Heribert Donnerbauer (V)

Foto: Studio Schreiner



Ausschuss für innere Angelegenheiten

Obmann seit 29.11.2006: Rudolf Parnigoni (S)

Foto: Fotostudio Haslinger



Ständiger Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten

Obmann seit 20.03.2007: Dipl.-Ing. Hannes Missethon (V)

Foto: Paul Wilke



Justizausschuss

Obmann seit 20.09.2007: Mag. Heribert Donnerbauer (V)

Foto: Studio Schreiner



Ausschuss für Konsumentenschutz

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Johann Maier (S)

Foto: SPÖ



Kulturausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Mag. Christine Muttonen (S)

Foto: Schefcik



Landesverteidigungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Peter Fichtenbauer (F)

Foto: privat



Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses

Obmann seit 30.11.2007: Stefan Prähauser (S)

Foto: Foto Scheinast



Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft

Obmann seit 29.11.2006: Fritz Grillitsch (V)

Foto: Reiberger/Glettler



Ausschuss für Menschenrechte

Obfrau seit 27.11.2007: Mag. Brigid Weinzinger (G)

Foto: Grüner Klub



Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

Obfrau seit 28.05.2008: Ulrike Königsberger-Ludwig (S)

Vorgängerin: Mag.^a Gisela Wurm (S) von 29.11.2006 bis 06.05.2008

Foto: Petra Spiola



Rechnungshofausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Werner Kogler (G)

Foto: Claudia Prieler



Ausschuss für Sportangelegenheiten

Obmann seit 29.11.2006: Hermann Krist (S)

Foto: Fotoatelier Yvonne



Tourismusausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Josef Bucher (B)

Foto: Foto Hammerschlag



Umweltausschuss

Obfrau seit 29.11.2006: Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek (G)

Foto: HOPI MEDIA



Unterrichtsausschuss

Obmann seit 18.09.2007: Fritz Neugebauer (V)

Foto: Andi Bruckner



Unvereinbarkeitsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Ing. Hermann Schultes (V)

Foto: privat



Verfassungsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Peter Wittmann (S)

Foto: Pedro Kramreiter



Verkehrsausschuss

Obfrau seit 30.04.2008: Anita Fleckl (S)

Foto: Petra Spiola



Volksanwaltschaftsausschuss

Obmann: Mag. Ewald Stadler (F) von 29.11.2006 bis 20.08.2008

Foto: Photostudio Haslinger



Ausschuss für Wirtschaft und Industrie

Obmann seit 29.11.2006: Dr. Reinhold Mitterlehner (V)

Foto: Foto zentrum Reiberger



Wissenschaftsausschuss

Obmann seit 29.11.2006: Mag. Dr. Martin Graf (F)

Foto: FPÖ Wien



Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des §9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948

Vorsitzender seit 29.11.2006: DDr. Erwin Niederwieser (S)

Foto: Rupert Larl



Untersuchungsausschuss (Beschaffung von Kampfflugzeugen)

Obmann: Dr. Peter Pilz (G) von 08.11.2006 bis 03.07.2008

Foto: HOPI MEDIA



Untersuchungsausschuss (FMA, BAWAG, Hypo Alpe-Adria und weitere Finanzdienstleister)

Obmann: Mag. Dr. Martin Graf (F) von 08.11.2006 bis 02.07.2008 (Sitzung wurde am 02.07.2008 unterbrochen)

Foto: FPÖ Wien



Untersuchungsausschuss (Amtsführung BMI und weitere Ministerien)

Obmann seit 07.03.2008: Dr. Peter Fichtenbauer (F) von 07.03.2008 bis 27.10.2008

Foto: Renate Katteneder

Ausschüsse des Nationalrates (XXIV. GP ab 28.10.2008)



Ausschuss für Arbeit und Soziales

Obfrau: Renate Csörgits (S) ab 10.12.2008

Foto: Petra Spiola



Außenpolitischer Ausschuss

Obmann: Dr. Josef Cap (S) ab 10.12.2008

Foto: Petra Spiola



Bautenausschuss

Obfrau: Mag.^a Ruth Becher (S) ab 10.12.2008

Foto: Hubert Dimko



Budgetausschuss

Obmann: Jakob Auer (V) ab 10.12.2008

Foto: Renate Katteneder



Ständiger Unterausschuss des Budgetausschusses

Obmann: Jakob Auer (V) ab 10.12.2008

Foto: Renate Katteneder



Familienausschuss

Obfrau: Ridi Maria Steibl (V) ab 10.12.2008

Foto: Sissi Furgler



Finanzausschuss

Obmann: Dipl.-Kfm. Dr. Günter Stummvoll (V) ab 28.10.2008

Foto: Wirtschaftsbund NÖ



Ausschuss für Forschung, Innovation und Technologie

Obfrau: Dr.ⁱⁿ Ruperta Lichtenecker (G) ab 10.12.2008

Foto: HOPI-MEDIA



Geschäftsordnungsausschuss

Obmann: Fritz Neugebauer (V) ab 10.12.2008

Foto: Andi Bruckner



Gesundheitsausschuss

Obfrau: Dr.ⁱⁿ Dagmar Belakowitsch-Jenewein (F) ab 10.12.2008

Foto: W. Bichler



Gleichbehandlungsausschuss

Obfrau: Mag.^a Gisela Wurm (S) ab 10.12.2008

Foto: Cornelia Kaufmann



Hauptausschuss

Obfrau: Mag.^a Barbara Prammer (S) ab 28.10.2008

Foto: Petra Spiola



Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses

Obfrau: Mag.^a Barbara Prammer (S) ab 10.12.2008

Foto: Petra Spiola



Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union

Obmann: Fritz Neugebauer (V) ab 10.12.2008

Foto: Andi Bruckner



Immunitätsausschuss Obfrau/Obmann: derzeit offen

Obmann: Mag. Heribert Donnerbauer (V) 28.10.2008 bis 9.12.2008

Foto: Studio Schreiner



Ausschuss für innere Angelegenheiten

Obmann: Otto Pendl (S) ab 10.12.2008

Foto: Fotostudio Emmerich Hlas



Ständiger Unterausschuss des Ausschusses für innere Angelegenheiten

Obmann: Fritz Neugebauer (V) ab 10.12.2008

Foto: Andi Bruckner



Justizausschuss

Obmann: Mag. Heribert Donnerbauer (V) ab 10.12.2008

Foto: Studio Schreiner



Ausschuss für Konsumentenschutz

Obmann: Sigisbert Dolinschek (B) ab 10.12.2008

Foto: Wilke



Kulturausschuss

Obfrau: Mag.^a Christine Muttonen (S) ab 10.12.2008

Foto: Schefcik



Landesverteidigungsausschuss

Obmann: Dr. Peter Fichtenbauer (F) ab 10.12.2008

Foto: privat



Ständiger Unterausschuss des Landesverteidigungsausschusses

Obmann: Stefan Prähauser (S) ab 10.12.2008

Foto: Foto Scheinast



Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft

Obmann: Fritz Grillitsch (V) ab 10.12.2008

Foto: Reiberger/Glettler



Ausschuss für Menschenrechte

Obfrau: Mag.^a Alev Korun (G) ab 10.12.2008

Foto: Rössle



Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

Obmann: Mag. Gernot Darmann (B) ab 10.12.2008

Foto: Stippich-Guetz



Rechnungshofausschuss

Obmann: Mag. Werner Kogler (G) ab 25.11.2008

Foto: Claudia Prieler



Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofausschusses

Obmann: Ing. Norbert Hofer (F) ab 16.12.2008

August Wöginger (V) 25.11.2008 – 9.12.2008

Foto: Gugerbauer



Ausschuss für Sportangelegenheiten

Obmann: Ing. Peter Westenthaler (B) ab 10.12.2008

Foto: BZÖ



Tourismusausschuss

Obmann: Maximilian Linder (B) ab 10.12.2008

Foto: privat



Umweltausschuss

Obfrau: Dr.ⁱⁿ Eva Glawischnig-Piesczek (G) ab 10.12.2008

Foto: HOPI MEDIA



Unterrichtsausschuss

Obmann: Dr. Walter Rosenkranz (F) ab 10.12.2008

Foto: FPÖ



Unvereinbarkeitsausschuss Obfrau/Obmann: derzeit offen

Jakob Auer (V) 28.10.2008 - 10.12.2008

Foto: Renate Katteneder



Verfassungsausschuss

Obmann: Dr. Peter Wittmann (S) ab 10.12.2008

Foto: Pedro Kramreiter



Verkehrsausschuss

Obmann: Anton Heinzl (S) ab 10.12.2008

Foto: Bezirksorganisation St. Pölten



Volksanwaltschaftsausschuss

Obmann: Mag. Dr. Manfred Haimbuchner (F) ab 10.12.2008

Foto: Foto Karl Werkgarner KG



Ausschuss für Wirtschaft und Industrie
 Obmann: Konrad Steindl (V) ab 10.12.2008
 Foto: Foto Sulzer



Wissenschaftsausschuss
 Obmann: Mag. Dr. Martin Graf (F) ab 10.12.2008
 Foto: FPÖ Wien



Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948
 Von den Abgeordneten des Nationalrates in die nachstehende Funktion gewählt:
 Vorsitzender: Elmar Mayer (S) ab 28.10.2008
 Foto: Ellensohn

Untersuchungsausschuss

Besondere Aufmerksamkeit in der ablaufenden Tagung erhielt der am 3. März 2008 eingesetzte Untersuchungsausschuss des Nationalrates „hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten“, der sich am 7. März konstituierte. Grundlage für den Beschluss war ein gemeinsamer Antrag der Grünen, der FPÖ und des BZÖ, dem die SPÖ zustimmte; die ÖVP sprach sich gegen die Einsetzung des Ausschusses aus.

Protokolle werden veröffentlicht

Alle öffentlichen Protokolle des Untersuchungsausschusses über die Einvernahme von Auskunftspersonen wurden von Anfang an umgehend als Kommunikqués auf der Homepage des Parlaments veröffentlicht. Dies erfolgt auf Grund eines einstimmigen Beschlusses im Untersuchungsausschuss.

Akten auf DVD

Erstmals wurden die von den Ressorts angelieferten Akten, sofern sie nicht von diesen als geheim eingestuft wurden, in einer in der Parlamentsdirektion kurzfristig entwickelten Hightech-Scannerstraße eingescannt. Vollautomatisiert erfolgten

eine elektronische Verarbeitung und das Brennen auf DVDs in den Parteifarben mit einer Vielzahl von Sicherheitsmerkmalen gegen unerlaubte Veröffentlichungen. Jede einzelne der fast 500.000 gescannten Seiten weist einen fraktionsbezogenen Faksimileschutz und einen Hinweis auf die Vertraulichkeit auf. Jede Seite kann auf Grund ihrer Kopfzeile einem der über 2200 angelieferten Aktenordner zugeordnet werden. Die größte eingescannte Aktenlieferung des LG f. Strafsachen Wien mit 34 Schachteln und 76.000 Seiten fand so auf nur 4 DVDs Platz. Dem Mehraufwand stehen Einsparungen beim konventionellen Papierkopier- und Akteneinsichtsdienst gegenüber.

Schutz der Vertraulichkeit

Genauere, detaillierte Festlegungen sollten sicherstellen, dass die Vertraulichkeit der Akten strikt gewahrt wird. Alle getroffenen Maßnahmen können aus Sicherheitsgründen nicht bekanntgegeben werden. Die folgende Aufstellung liefert einen Überblick.

- Jede Aktenanforderung an eine Dienststelle enthielt eine Belehrung über die festgelegten Vertraulichkeitsstufen VSa-I (Vertraulich) oder II (Geheim) und deren Auswirkungen. Die Einstufung oblag der übersendenden Dienststelle.
- VSa I – Vertraulich-Akten wurden von der Parlamentsdirektion gescannt, aber nur mit einem ge-

schützten fraktionsbezogenem Faksimileschutz auf DVDs an die Fraktionsführer (Bevollmächtigte) nachweislich mit Datum/Uhrzeit ausgegeben. Die DVDs enthielten Hinweise auf die Vertraulichkeit und auf allfällige strafrechtliche Folgen.

- VSa II – Geheim-Akten wurden zusätzlich gesondert gelagert. Sie durften weder gescannt noch kopiert noch fotografiert werden.
- Akteneinsichtsräume waren besonders gesichert.
- Jede/r Aktenzugangsberechtigte wurde vom Untersuchungsausschuss namentlich beschlossen bzw. als Ausschussmitglied von der Präsidentin des Nationalrates vereidigt. Fotolisten lagen zur besseren Kontrolle auf.
- Akteneinsichten erfolgten nur unter Aufsicht.
- Handys mussten vorher abgegeben werden.

Kostenübersicht

Der Arbeitsanfall für den Untersuchungsausschuss von **März bis einschließlich Dezember 2008** kann grob mit folgenden Zahlen zusammengefasst werden:

Sitzungen	21
Sitzungsstunden	120
Protokollseiten	1757
Gescannte Seiten	494.848

Summe	ca. € 620.000
--------------	----------------------



GESCHÄFTSORDNUNGS-KOMITEE

Das Geschäftsordnungs-Komitee des Nationalrates der XXIII. Gesetzgebungsperiode, das zuletzt am 11. Dezember 2007 zusammengetreten ist, hat einige wichtige Themenblöcke auf Schiene gebracht, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eingesetzten Untersuchungsausschusses im Jahr 2008 immer wieder die parlamentarische Arbeit, aber auch die mediale und wissenschaftliche Diskussion bewegen. Im Mittelpunkt der Kontroversen standen wiederholt die Forderung nach dem Ausbau der Kontroll- und Minderheitenrechte zum einen und das Postulat des Datenschutzes sowie des Rechts des Einzelnen auf Achtung des Privatlebens zum anderen.

Das Geschäftsordnungskomitee der XXIV. Gesetzgebungsperiode hat sich am 18. Dezember 2008 konstituiert. Zu seinen Mitgliedern zählen außer der Präsidentin Barbara Prammer, dem Zweiten Präsidenten Fritz Neugebauer und dem Dritten Präsidenten Martin Graf die Abgeordneten Otto Pendl (S), Beatrix Karl (V), Peter Fichtenbauer (F), Herbert Scheibner (B) und Dieter Brosz (G). Überdies nehmen am Komitee je eine Expertin beziehungsweise ein Experte der fünf Fraktionen sowie MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion teil.

In der ersten Sitzung am 18. Dezember wurde Einigung über einen zügigen Arbeitsplan erzielt. Bereits im Jänner 2009 konnte als erstes Ergebnis eine Einigung des Komitees in fünf Punkten erzielt werden. So besteht Konsens über die Neugestaltung der Fragestunde und der Eu-

ropatage. Die Enderledigung von Berichten wird neu gestaltet und bei parlamentarischen Petitionen und parlamentarischen Bürgerinitiativen wird entsprechend des neuen Wahlalters das Alterserfordernis ebenfalls auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus sollen Volksbegehren, Bürgerinitiativen, Berichte des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft nicht mehr dem Diskontinuitätsprinzip unterliegen. Das bedeutet, dass diese Angelegenheiten auch im Falle von Neuwahlen in der nächsten Gesetzgebungsperiode weiterbehandelt werden. Bereits ab Februar sollen Schritt für Schritt die weiteren ausstehenden Kapitel verhandelt und zu einem positiven Abschluss geführt werden. Die größte Herausforderung wird wohl auch diesmal die Reform des Instruments des Untersuchungsausschusses sein. Darüber hinaus werden auch die Reform weiterer

Kontroll- und Minderheitenrechte, das Thema „faire Redezeiten für alle Abgeordneten“, die EU-Mitwirkungsrechte und nicht zuletzt der Anpassungsbedarf der Geschäftsordnung an diverse Änderungen der Bundesverfassung in gesonderter Verhandlung und Beratung stehen.

DIE TÄTIGKEITEN DES NATIONALFONDS DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DES ALLGEMEINEN ENTSCHÄDIGUNGSFONDS IM JAHR 2008

Der Nationalfonds hat im Jahr 2008 seine Zielsetzung, „die besondere Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen“ durch unterschiedlichste Aktivitäten wahrgenommen. Anlässlich des Gedenkjahres 2008 wurden im Rahmen der Gedenkveranstaltungen des Parlaments Lebensgeschichten von Überlebenden vorgestellt. Auch auf der Website des Nationalfonds werden im Sinne des Gedenkens und der Sensibilisierung des gesellschaftlichen Bewusstseins kontinuierlich weitere Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus veröffentlicht.

Weiters übernahm Österreich im März 2008 für ein Jahr den Vorsitz der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ (ITF) und betonte damit auch international sein Engagement auf dem Gebiet der Holocaust-Bewusstseinsbildung. Der Nationalfonds fungiert als österreichische Koordinierungsstelle für die ITF.

Im Berichtszeitraum wurden für 196 Anträge Gestezahlungen geleistet, einschließlich Zahlungen für Anträge auf Zweit- bzw. Drittauszahlung in Fällen sozialer Bedürftigkeit. Im Zuge der Mietrechtsentschädigung erfolgten Nachzahlungen in Höhe von je 1000 Euro für 82 AntragstellerInnen.

Projektförderungen

Der Nationalfonds legte weiterhin einen Schwerpunkt auf Bewusstseinsbildung über die NS-Zeit und Hilfe für Holocaust-

Überlebende durch weitgespannte Projektförderungen. Im Berichtszeitraum wurden Förderungen für 122 Projektanträge genehmigt. Seit 1996 sind vom Kuratorium des Nationalfonds Fördermittel für über 700 Gedenk-, Geschichts- und Hilfsprojekte im In- und Ausland freigegeben worden. Alle bisher geförderten Projekte werden seit März 2008 in einer Datenbank auf der Website des Nationalfonds vorgestellt. Die Gesamtfördersumme, die der Nationalfonds seit 1996 für Projektförderungen aufgebracht hat, beträgt rund 16 Mio. Euro (Stand Dezember 2008).

Tätigkeit im Bereich der Kunstrestitution

Seit Juli 2007 ist die Kunst-Datenbank des Nationalfonds auch in einer englischen Version verfügbar. Die Kunst-Datenbank des Nationalfonds hat sich im Berichtszeitraum als stark nachgefragtes Informations- und Kontaktforum zur Abklärung der Herkunft von Objekten in öffentlichen Sammlungen und Museen etabliert. Enthielt die Kunst-Datenbank im Juni 2007 8.554 Objektdatensätze, ist diese Zahl bis Dezember 2008 auf 8.974 angewachsen.

Die durch die Kunst-Datenbank geschaffene weltweite Publizität von herkunftsbedenklichen Kunstwerken sowie die diesbezüglich ermöglichten Kontakte mit den ProvenienzforscherInnen in den öffentlichen Sammlungen bieten zusätzliche Möglichkeiten, das Kunstrückgabegeschehen in Österreich transparent zu gestalten.

Allgemeiner Entschädigungsfonds

Die durch Änderung des Entschädigungsfondsgesetzes vom 13. Dezember 2005 ermöglichte vorgezogene Auszahlung von Leistungen des Allgemeinen Entschädigungsfonds ist im Berichtszeitraum zügig vorangeschritten. Die historischen Recherchen sind weitgehend abgeschlossen, ebenso die juristischen Fallprüfungen für alle Anträge. 20.270 der insgesamt 20.641 eingelangten Anträge wurde bereits durch das unabhängige Antragskomitee entschieden (Stand: 17. Dezember 2008). Rund 80.000 einzelne Forderungen mit einem Gesamtwert von insgesamt 1,2 Mrd. US-Dollar wurden bislang anerkannt. Von den insgesamt für eine Auszahlung zur Verfügung stehenden 210 Mio. US-Dollar wurden bisher 116 Mio. US-Dollar an rund 13.000 AntragstellerInnen ausbezahlt.

Naturalrestitution von Liegenschaften

Im Berichtszeitraum sind bei der Schiedsinstanz für Naturalrestitution weitere 38 Einzelanträge auf Rückgabe von Liegenschaften im öffentlichen Eigentum eingelangt. Damit hat sich die Anzahl der Rückgabeanträge auf insgesamt 2.142 Anträge erhöht. Zum Stichtag 19. Dezember 2008 waren davon 710 Anträge bereits entschieden. Zirka ein Fünftel aller Anträge (431) erfüllt die Antragsvoraussetzungen; von dieser Gruppe sind über die Hälfte (270) durch die Schiedsinstanz entschieden worden. Bisher wurde die Rückstellung von zwölf Liegenschaften an 66 AntragstellerInnen emp-

fohlen. Bei fünf AntragstellerInnen kam es nach einer Wiederaufnahme des Verfahrens zu einer Rückstellungsempfehlung.

Die allgemeine Antragsfrist für Naturalrestitution nach dem Entschädigungsfondsgesetz ist am 31. Dezember 2007 abgelaufen. Der Gesetzgeber hat mit BGBl I Nr. 89/2008 für Länder und Gemeinden, die sich gem. § 38 EF-G (Opt-In) dem Naturalrestitutionsverfahren der Schiedsinstanz angeschlossen haben, die Möglichkeit geschaffen, die Antragsfrist bis 31. Dezember 2009 selbst zu verlängern. Bis Ende 2009 können Länder und Gemeinden ohne Zustimmung der Schiedsinstanz vom Opt-In Gebrauch machen, danach nur mit deren Zustimmung.

Mit Beschluss vom 1. Oktober 2008 hat der Wiener Gemeinderat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Antragsfrist für Naturalrestitution gemäß Entschädigungsfondsgesetz (EF-G) zu verlängern. Damit sind Anträge auf Rückstellung von Liegenschaften, die sich zum Stichtag 17. Jänner 2001 im Eigentum der Stadt Wien befanden, bis Ende 2009 möglich.

Publikationen

Im Mai 2008 erschien der erste Band der zweisprachigen Reihe „Entscheidungen der Schiedsinstanz für Naturalrestitution“, der die ersten sieben Entscheidungen, darunter die erste Empfehlung auf Rückgabe einer Liegenschaft aus dem

Eigentum der Republik Österreich sowie die Entscheidungen zu den Anträgen der Familie Habsburg, enthält. Das gewachsene Informationsbedürfnis in Bezug auf Fragen der Rückstellung und Entschädigung war auch Anlass, den Geschäftsbericht des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds für das abgelaufene Jahr 2007 erstmals für beide Fonds gemeinsam und in gebundener Form einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Die beiden Publikationen geben einen Einblick in die vielfältigen Aufgabengebiete und interdisziplinäre Arbeitsweise des Nationalfonds und des Allgemeinen Entschädigungsfonds und dokumentieren zugleich deren bisher erbrachten Leistungen.

PARLAMENT UND EUROPA

Der Prozess der Europäisierung aller Politikbereiche setzt sich kontinuierlich fort. Europäische Themen sind integraler Bestandteil der parlamentarischen Tätigkeit. Dabei sind Nationalrat und Bundesrat nicht nur in der Umsetzung von EU-Recht tätig, vielmehr geht es immer mehr um die Mitwirkung an EU-Vorhaben vor einer Beschlussfassung auf europäischer Ebene.

Die österreichische Bundesverfassung räumt dem Nationalrat und dem Bundesrat hier umfassende Kompetenzen ein. Die Bundesregierung ist verpflichtet, Nationalrat und Bundesrat über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zu informieren, mögliche Stellungnahmen sind dann für die Bundesregierung bei den Verhandlungen auf EU-Ebene zu berücksichtigen.

Der Vertrag von Lissabon

In der Tagung 2007/2008 stand der Vertrag von Lissabon im Zentrum der europapolitischen Debatte. Nach einem öffentlichen Hearing zum Vertrag wurde dieser Gegenstand in vier Sitzungen des Verfassungsausschusses ausführlich erörtert.

Am 9.4.2008 erfolgte dann die Beschlussfassung im Plenum des Nationalrates und am 24.4.2008 im Plenum des Bundesrates. Begleitet wurde dieser parlamentarische Fahrplan von drei öffentlichen Informationsveranstaltungen im Plenarsaal des Nationalrates. Inhaltlich ist hervorzuheben, dass den nationalen Parlamenten mit dem Vertrag von Lissabon auch auf europäischer Ebene neue Mitwirkungsmöglichkeiten eingeräumt

würden. Er sähe ein umfassendes Recht zur Überprüfung der EU-Vorhaben nach dem Subsidiaritätsprinzip vor, wobei die Parlamente ihre diesbezüglichen Einwände direkt an die EU-Institutionen richten können. Bei Erreichen von einem Drittel (bzw. einem Viertel in den Bereichen Justiz und Inneres) der Stimmen der nationalen Parlamente entsteht die Verpflichtung zur Überprüfung, nicht aber zwingend zur Änderung des ursprünglichen Vorschlags („gelbe Karte“). Jedes Parlament erhält im Rahmen des Prüfungsverfahrens zwei Stimmen, bei Zwei-Kammer-Parlamenten wie in Österreich erhält dann jede Kammer eine Stimme.

Darüber hinaus ist im Vertrag von Lissabon ein gegenüber dem ursprünglichen Verfassungsvertrag verstärkter Subsidiaritätskontrollmechanismus vorgesehen, wonach bei Anfechtung eines Entwurfs eines Gesetzgebungsaktes durch die Mehrheit der Parlamentskammern ein Verfahren in Gang gesetzt wird, bei dem mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen der Mitglieder des Europäischen Parlaments bzw. 55 % der Mitglieder des Rates unter Berücksichtigung der Begründung der nationalen Parlamente das Gesetzgebungsverfahren gänzlich gestoppt werden kann („orange Karte“). Weiters bekommen die nationalen Parlamente neue Beteiligungsrechte im Bereich des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, im Bereich justitielle Zusammenarbeit in Zivilsachen, bei der politischen Kontrolle von Europol und der Bewertung der Tätigkeit von Eurojust sowie neue Mitbeteiligungsrechte bei Änderungen der die Europäische Union begründenden Verträge.

Nach dem negativen Referendum in Irland hat sich der Europäische Rat im Dezember 2008 mit der weiteren Vorgangsweise auseinandergesetzt. Demnach



Abb. 5. Vertrag von Lissabon Verfassungsausschuss am 5. Februar 2008 im Budgetsaal
(© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)



strebt die irische Regierung an, die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon bis zum Ende der Amtszeit der derzeitigen Kommission vorzunehmen, nachdem in den Schlussfolgerungen des Vertrags die wichtigsten Anliegen der irischen Bevölkerung berücksichtigt wurden.

EU-Datenbank

Hinsichtlich der direkt von der Europäischen Kommission an die nationalen Parlamente übermittelten EU-Vorhaben werden diese nun in einer eigenen Kategorie der EU-Datenbank erfasst und auf der Parlaments-Website öffentlich zugänglich gemacht. Die Abgeordneten zum Nationalrat und Mitglieder des Bundesrates sowie auch die Landtage erhalten zusätzlich wöchentlich eine Übersicht über die von der Kommission übermittelten Dokumente. Auf Grundlage einer ersten internen Vorprüfung der Richtlinien- und Verordnungsentwürfe legen dann der EU-Unterausschuss des Nationalrates und der EU-Ausschuss des Bundesrates fest, welche Vorhaben auf die Tagesordnung gesetzt und näher untersucht werden sollen. So hat der EU-Unterausschuss des Nationalrates vier Ausschussfeststellungen an die Europäische Kommission und der EU-Ausschuss des Bundesrates acht Ausschussfeststellungen an die Europäische Kommission verabschiedet und den europäischen Institutionen übermittelt.

Europa Kontakte

Parlamente

Eine möglichst effiziente Strukturierung der europaweiten Zusammenarbeit der nationalen Parlamente wurde unter anderem bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen der EU-Mitgliedsstaaten vom 20. bis 21. Juni 2008 in Lissabon behandelt. Ein Thema dieser Konferenz war die „Teilnahme von Frauen am politischen Leben“, das auf Initiative der Präsidentin des österreichischen Nationalrates nach einem Treffen mit ihren Amtskolleginnen aus den Parlamenten Estlands, Ungarns und der Niederlande im

August 2007 in Salzburg auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente der Europäischen Union entwickelt sich die Konferenz der Europaausschüsse (COSAC) zu einem immer wichtigeren Kooperationsgremium, in dem die Europaarbeit der nationalen Parlamente laufend abgestimmt wird. Für eine künftig mögliche Subsidiaritätskontrolle wurde darüber hinaus eigens ein Informationsaustausch über das Internet – IPEX (www.ipex.eu) – eingerichtet. Im Rahmen der COSAC wurden zwei „Subsidiaritätstestläufe“ – zu einem Kommissionsvorschlag zur Terrorismusbekämpfung und zu einem Richtlinien-vorschlag im Bereich Gleichbehandlung – in diesem Jahr durchgeführt, an denen sich auch der Ständige Unterausschuss in EU-Angelegenheiten des Nationalrates bzw. der EU-Ausschuss der Bundesrates beteiligten.

Gemeinsame parlamentarische Treffen unter dem Ko-Vorsitz des Europäischen Parlaments und des slowenischen bzw. französischen Parlaments haben zu den Bereichen Lissabon-Strategie, Westbalkan, Migration und Integration sowie Energie und nachhaltige Entwicklung im vergangenen Arbeitsjahr in Brüssel stattgefunden. Da Europathemen mittlerwei-

le alle Politikbereiche prägen, hat sich in den vergangenen Jahren auch eine regelmäßige Zusammenarbeit auf der Ebene der Fachausschüsse entwickelt. Im Laufe des letzten Jahres sind unter anderem die Vorsitzenden der Ausschüsse für Äußeres, Verteidigung, Wirtschaft, Kultur, Bildung und Sport, Landwirtschaft und Gleichbehandlung zusammen getroffen.

Organe der Europäischen Union

Eine Delegation der Europäischen Kommission besuchte am 23.6.2008 das Parlament. Die Delegation beriet sich mit Nationalratsabgeordneten über die neu ausgerichtete Lissabon-Strategie mit dem Ziel, Europa bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensgestützten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Man sollte für die Lissabon-Strategie einen neuen Titel verwenden, etwa „Europäische Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung“, um deutlich zu machen, dass es in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der EU-Mitgliedsländer nicht um „EU-Diktate“ und „nationale Ohnmacht“, sondern um das gemeinsame Bemühen zur Stärkung von Binnenmarkt und Europäischem Wirtschaftsraum gehe.

Europarat

Im Rahmen des Europarates war das ös-

2008	Anzahl der EU-Dokumente	davon wurden von der Kommission direkt übermittelt
Jänner	2061	195
Februar	2505	298
März	1666	188
April	2028	279
Mai	2145	167
Juni	1978	254
Juli	2102	309
August	380	51
September	1710	146
Oktober	1969	276
November	2031	227
Dezember	2079	387
Summe	22654	2777

terreichische Parlament am 30.4.2008 Gastgeber der Abschlussveranstaltung der europaweit während eines Jahres durchgeführten „Kampagne gegen häusliche Gewalt“, an der neben der Präsidentin des Nationalrates und dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates **Lluís María de Puig** auch VertreterInnen einer Vielzahl an NGOs teilnahmen.

Österreichs Nachbarstaaten

Slowenien

Neue Dimensionen gewannen die Beziehungen zu Slowenien durch den EU-Vorsitz des Nachbarlandes im ersten Halbjahr 2008.

Am 17.1.2008 erläuterte **France Cukjati** in Wien das Arbeitsprogramm des slowenischen EU-Vorsitzes und meinte in seinem Vortrag „Europäische Dimensionen der österreichisch-slowenischen Nachbarschaft“, es wäre unvernünftig, würden Österreich und Slowenien die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft und auf Dritt-

märkten nicht nützen. Als der slowenische Staatspräsident **Danilo Türk** am 7.4.2008 Präsidentin **Prammer** im Parlament besuchte, dankte er der Präsidentin für ihr Engagement in der Ortstafelfrage und zeigte sich überzeugt, dass man eine tragfähige Lösung finden werde. Weitere Themen waren die globalen Bemühungen zur Erreichung der Millenniumsziele, die Herausforderung des Klimawandels, aber auch die jeweils unterschiedlichen Standpunkte zur Kernenergie.

Tschechische Republik

Tschechische und österreichische Abgeordnete diskutierten am 22.1.2008 ein wichtiges demographisches Problem: Die stark sinkenden Geburtenraten in beiden Ländern. Erörtert wurden Fragen der Familienpolitik. Die bilaterale parlamentarische Temelin-Kommission, die sich mit der Erfüllung des Melker Abkommens und der Vereinbarung von Brüssel befasste, trat am 9.6.2008 in Melk zu ihrer vierten und abschließenden Sitzung zusammen. Danach zogen die Vorsitzführenden **Jan Kasal** und **Albrecht Konecny**

eine positive Bilanz: Der Melker Prozess ist durch die Arbeit der Kommission in Gang gekommen. Auf Basis neuer Informationen haben die Experten in einigen Punkten Übereinstimmung erzielt. In anderen Punkten besteht für Österreich weiterer Informationsbedarf, teilweise bis zum Ende der Betriebsdauer des AKW Temelin. Zur Frage der Erdbebengefahr wurde ein gemeinsames wissenschaftliches Programm geplant. Jan Kasal und Albrecht Konecny forderten ihre Regierungen dazu auf, das Follow-up sicherzustellen.

Slowakische Republik

Am 16.9.2008 besprach Nationalratspräsidentin **Barbara Prammer** mit dem Präsidenten des slowakischen Nationalrates **Pavol Paška** im Rahmen eines Treffens aktuelle politische Fragen. Beide enthüllten anlässlich der Wiederkehr des 150. Jahrestages der Gründung des slowakischen Nationalrates im Jahr 1848 eine Gedenktafel (Wien 4., Paniglgasse 38).

Deutschland

Am 26. und 27. Februar 2008 diskutierten Nationalrats-Abgeordnete mit deutschen KollegInnen über Technologiefolgenabschätzung, Innovationsfähigkeit und Bildungspolitik.

Präsidentin Prammer und der Präsident des deutschen Bundestags **Norbert Lammert** sprachen am 1.10.2008 über Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger durch intensiven Dialog mit den Menschen für das europäische Projekt zu motivieren: Anzustreben ist demnach auch die Vertiefung der grenzüberschreitenden Kooperation der Parlamente.

Weitere europäische Staaten

Bei der 7. Wintertagung der OSZE in Wien traf Präsidentin **Prammer** am 21.2.2008 mit dem finnischen Parlamentspräsidenten **Sauli Niinistö** zu einem Gespräch über die Kooperation der EU in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zusammen, wobei die Präsidentin das österreichische Interesse an der Beibehaltung der Einstimmigkeit betonte und den



Abb. 6. Der Präsident des Deutschen Bundestages Norbert Lammert im Gespräch mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer am 1.10.2008 (© HBF/Zinkl)



Tschad-Einsatz des Bundesheeres als Zeichen wertete, dass die Neutralität für Österreich kein passives Konzept darstelle.

Am 25.3.2008 unterstrichen der kroatische Außenminister **Gordan Jandrovic** und Präsidentin Prammer bei einem Gedankenaustausch in Wien die guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die Bedeutung der parlamentarischen Kontakte. Jandrovic dankte Österreich für dessen Unterstützung Kroatiens auf dem Weg in die EU. Beim Thema Kosovo bekräftigte Jandrovic das Bemühen Kroatiens um Balance in der Region.

INTERNATIONALE KONTAKTE

Das Hohe Haus hat im Jahr 2008 sowohl auf bilateraler und regionaler als auch auf multilateraler Ebene zahlreiche internationale Termine wahrgenommen. Die Präsidentin des Nationalrates rückte neben den traditionellen Schwerpunkten – Nachbarschaftspolitik, Europa und interparlamentarische Versammlungen – auch im Jahr 2008 globale Themen verstärkt in den Vordergrund des parlamentarischen Interesses: Abrüstung, Nord-Süd-Dialog, Menschenrechte und Gleichbehandlung von Frauen und Männern.

Im Jahr 2008 haben Abgeordnete zum Nationalrat und BundesrätInnen 215 internationale Termine wahrgenommen, davon 135 Konferenzen oder bilaterale Treffen im Ausland und 80 entsprechende Aktivitäten im Inland.

Internationales Parlamentarisches Forum diskutiert über Menschenhandel

Im Vorfeld des „Wiener Forums“ der Vereinten Nationen, das sich im Rahmen einer internationalen Konferenz vom 13. bis 15. 2. 2008 dem Kampf gegen Menschenhandel widmete, fand bereits am 12. 2. 2008 im Parlament zu diesem Thema eine Tagung der Interparlamentarischen Union (IPU) statt, bei der ExpertInnen und Abgeordnete über konkrete Maßnahmen diskutierten und dabei vor allem auch die Rolle der Parlamente ansprachen. Special Guest des IPU-Forums war die Schauspielerin und Oscar-Preisträgerin **Emma Thompson**, die mit Präsidentin Barbara Prammer zusammentraf und überdies bei einem Rollenspiel Beispiele für Good-Practice und Bad-Practice im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Menschenhandels präsentierte.

Nationalratspräsidentin **Barbara Prammer** sah als Gastgeberin die Aufgabe der Tagung vor allem darin, einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen den Menschenhandel zu setzen. Menschenhandel ist ein Verstoß gegen Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Parlamente sind deshalb in besonderem Maße aufgerufen, ihre Rolle als Gesetzgeber ernst zu nehmen, notwendige gesetzliche Schritte voranzutreiben und verpflichtende

Instrumente einzuführen, betonte die Präsidentin in ihren Begrüßungsworten. Ziel müsse es sein, die entsprechenden internationalen Vereinbarungen – die UN-Konvention gegen internationales Verbrechen, das Zusatzprotokoll zur Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung von Menschenhandel sowie die diesbezügliche Konvention des Europarates und die Brüsseler Deklaration – zu implementieren und durch konkrete Maßnahmen mit Leben zu erfüllen. Präsidentin Prammer ging es aber auch um die Opfer, meist Frauen und Kinder.

Opfer und Zeuginnen des Verbrechens des Menschenhandels dürfen nicht kriminalisiert werden, warnte sie und forderte bessere gesetzliche Bestimmungen, um Opfer vor Abschiebung zu schützen und ihnen auch die Möglich-

keit einer Wiedergutmachung zu bieten. **Anders Johnsson**, Generalsekretär der IPU, bezeichnete Menschenhandel als Schande und sah darin eine moderne Form des Sklavenhandels und eine andauernde Verletzung der Menschenrechte. Drei grundlegende Verpflichtungen treffen nach den Worten Johnssons die Staaten: Menschenhandel zu verhindern, ihn zu verfolgen und zu bestrafen sowie die Opfer des Menschenhandels zu schützen.

Antonio Maria Costa, Exekutivdirektor des UN-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, zog eine Parallele zwischen Menschenhandel und Sklavenhandel und erinnerte an den britischen Unterhaus-Abgeordneten **William Wilburforce**, der vor 200 Jahren maßgeblich zum Verbot des Sklavenhandels bei-



Abb. 7. Forum der Interparlamentarischen Union gegen den Menschenhandel am 12.2.2008
(© HBF/Livio Srodic)



getragen hatte. Costa rief die Parlamentarier auf, sich daran ein Beispiel zu nehmen und auf nationaler Ebene die notwendigen legislativen Maßnahmen zu setzen, um das potentiell sehr machtvolle Instrument des UN-Protokolls zur Bekämpfung des Menschenhandels umzusetzen. Die Ratifizierung allein reichte nicht aus, vielmehr gehe es für die Parlamente nun darum, das Thema Menschenhandel an vorderster Stelle auf die Tagesordnung zu setzen, mahnte er.

Parlamentarischer Nord-Süd Dialog – Mosambik im Fokus Österreichs

Mit der Fortsetzung des Parlamentarischen Nord-Süd-Dialogs sollen die ParlamentarierInnen an ihre Verantwortung für Entwicklungspolitik und für mehr Engagement bei der Erreichung der UN-Millenniumsziele zur Überwindung der Armut erinnert werden.

Mosambik ist ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit. Die Wahl fiel vor allem deshalb auf Mosambik, weil im Rahmen des Projekts der Aufbau einer Partnerschaft zwischen dem österreichischen und dem mosambikanischen Parlament eine wichtige Zielsetzung darstellt. In Gesprächen wurde vereinbart, dass die mosambikanische Seite eine Prioritätenliste von Projekten und Vorhaben erstellen sollte, die gemeinsam mit dem österreichischen Parlament in der Folge umzusetzen wären. Geplante Aktivitäten bis Juni 2010 sind zum Beispiel ein Trainee-Programm für Parlamentsbedienstete aus Mosambik, Finanzierungshilfe im IT-Bereich, Expertenmeetings zu verschiedenen Themen u.a.m. Im Rahmen der 118. IPU-Konferenz im April 2008 in Kapstadt kam es auch zu einem Arbeitstreffen zwischen der Präsidentin des Nationalrates und ihrem mosambikanischen Amtskollegen, in dem die weitere Zusammenarbeit sowie die angestrebten gemeinsamen Projekte besprochen wurden.

Seminar über Hilfe für HIV/AIDS-infizierte Kinder in Afrika im Palais Epstein, 21. November 2008

Im Vorfeld des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember und der Welt-AIDS-Konferenz, die 2010 in Wien stattfinden wird, lud die Präsidentin des Nationalrates **Barbara Prammer** am 21.11.2008 gemeinsam mit Jan Nico Scholten, Präsident der Organisation Europäischer Parlamentarier für Afrika (AWEPA) und mit dem UNICEF Austria-Sonderbeauftragten zum Thema HIV/AIDS **Rudolf Nagiller** zu einem ganztägigen Seminar zum Thema „Schutz von Kindern vor der HIV/AIDS-Epidemie“ ein. Barbara Prammer machte die internationalen TagungsteilnehmerInnen auf historische Zusammenhänge zwischen Tagungsort und Veranstaltung aufmerksam. Sie erinnerte an das soziale Engagement der Bankiersfamilie **Epstein**, deren Palais - eines der ersten an der Wiener Ringstraße - zur Zeit der Monarchie ein Treffpunkt der Intellektuellen und ein Ort des Gedankenaustauschs war.

Die Präsidentin des Nationalrates begrüßte in ihren Einleitungsworten nachdrücklich die Kooperation zwischen AWEPA und UNICEF beim Kampf gegen HIV/AIDS und bei der Unterstützung HIV-infizierter Kinder und sah darin ein gutes Signal auf dem Weg zu einer stärkeren Vernetzung. Ein wichtiger Aspekt der Veranstaltung war der Aufruf zu einer stärkeren Einbindung von ParlamentarierInnen in Afrika und Europa bei der Festlegung von Maßnahmen zur Unterstützung der Betroffenen und letztendlich der jeweiligen Staaten, die durch das Ausmaß der Epidemie vor enorme Herausforderungen gestellt werden. HIV/AIDS trifft den afrikanischen Kontinent am stärksten und ist in zahlreichen Staaten des südlichen Afrika ein zusätzliches Entwicklungshemmnis.

Kinder und Jugendliche zählen zu der gesellschaftlichen Gruppe, die den Folgen der Epidemie besonders schutzlos

gegenüber stehen. Viele haben auf Grund des Verlustes von unterstützenden familiären und gemeinschaftlichen Netzwerken einen unzureichenden Zugang zu Nahrung, Bekleidung, gesundheitlicher Versorgung und Schulbildung. Weltweit gibt es bereits mehr als 2 Millionen HIV-infizierte Kinder und über 15 Millionen AIDS-Waisen, davon 12 Millionen allein in Afrika. **Henriette Ahrens**, UNICEF-Headquarters New York, stellte zu Beginn den auf den afrikanischen Kontinent fokussierten Stocktaking Report der UNICEF-Kampagne „A call to action“ vor.

Im zweiten und dritten Panel berichteten vor allem die afrikanischen ReferentInnen über die jeweilige Situation in ihren Ländern und die größten Herausforderungen, mit denen sich der Staat, die NGOs und die Zivilgesellschaft konfrontiert sehen.

Übereinkommen über Streumunition, Unterzeichnungskonferenz, Oslo, 2. - 4. Dezember 2008

An der Osloer Konferenz nahmen 523 VertreterInnen von 122 Staaten und 424 VertreterInnen von internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft teil. 94 Staaten unterzeichneten die Konvention, vier Staaten haben die Ratifikation bereits abgeschlossen. Die Präsidentin des Nationalrates hatte bereits im Jahr 2007 zum ersten internationalen parlamentarischen Forum gegen Streumunition eingeladen und konnte dadurch auf globaler Ebene den Aktionsradius der Parlamente erheblich erhöhen. Für das österreichische Parlament nahm Abgeordnete zum Nationalrat **Marianne Hagenhofer** an der Unterzeichnungskonferenz teil. In einem informellen Treffen zur zukünftigen Implementierung der Konvention sicherte Österreich zu, weiterhin gestalterisch mitzuwirken. Als nächste Schritte vereinbarten die KonferenzteilnehmerInnen ein aktives Lobbying für die Ratifikation durch möglichst viele Staaten und ein damit verbundenes

schnelles In-Kraft-Treten der Konvention sowie die Vorbereitung der ersten Konferenz der Vertragsstaaten.

Am 9.12.2008 fand eine interministerielle Sitzung zum innerösterreichischen Ratifizierungsprozess statt. Noch vor Weihnachten ging sowohl die Ratifikation als auch die Gesetzesanpassung in Begutachtung. Spätestens Anfang Februar 2009 soll beides in den Ministerrat gelangen und anschließend der parlamentarischen Behandlung zugeführt werden.

Parlamentskontakte auf höchster Ebene

Folgende Präsidenten parlamentarischer Kammern besuchten im Jahr 2008 das österreichische Parlament: **W.J.M. Loku-bandara** (Sri Lanka, 12.2.2008), **Sauli Ni-inisto** (Finnland, 21.2.2008), **Alan Ferguson** (Australien, 16.4.2008), **Mahmoud Al-Abrash** (Syrien, 16.-19.4.2008), **Ad-achan Madumarov** (Kirgisistan, 26.-27.5.2008), **Oleg Morozov** (stv. Präsident der Russischen Staatsduma, 11.9.2008), **Pavol Paška** (Slowakei, 16.9.2008), **Theo-Ben Gurirab** (Namibia, 22.9.2008), **Nor-**

bert Lammert (Deutschland, 1.10.2008), **Köksal Toptan** (Türkei, 4.-7.11.2008) und **Peter Straub** (Landtagspräsident von Baden-Württemberg, 12.12.2008).

Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen im Hohen Haus

Von Seiten ausländischer Regierungen besuchten der Premierminister **Mirek Topolanek** (Tschechische Republik, 7.1.2008), Verkehrsminister Mohamed Loufty Mansour (Ägypten, 5.3.2008), Außenminister Gordan Jandrokovic (Kroatien, 25.3.2008), Staatspräsident Danilo Türk (Slowenien, 7.4.2008), Premierminister Ralph Gonsalves (St. Vincent und die Grenadinen/Karibik, 14.4.2008), stv. Außenminister Jurij Kostenko (Ukraine, 14.5.2008), Außenminister und Vizepremierminister Sheik Mohammed Al-Sabah Al-Salem Al-Sabah (Kuwait, 27.5.2008), Staatspräsident Nguyen Minh Triet (Vietnam, 3.6.2008), der griechische Staatspräsident Karolos Papoulias (3.7.2008), der ukrainische Staatspräsident Viktor Juschtschenko (8.7.2008), der marokkanische Außenminister Taïb Fassi Fihri

(18.12.2008) das Hohe Haus.

Internationale Delegationen von ParlamentarierInnen

Abgeordnete zum Nationalrat und BundesrätInnen pflegen regelmäßig den Gedankenaustausch mit ParlamentarierInnen aus aller Welt. Gespräche mit ihren österreichischen KollegInnen führten Delegationen aus:

Aserbaidshjan (21.2.2008), Litauen (3./4.3.2008 und 3.7.2008), Montenegro (14.4.2008), Israel (16.4.2008), Georgien (21./25.4.2008), Deutschland (28.-29.4.2008, 27.8.2008 und 11.12.2008), Kasachstan (14.5.2008, 12.12.2008), Dänemark (19.5.2008), Slowakei (29.5.2008), Japan (6.6.2008), Thailand (29.7.2008), Tschechische Republik (17.9.2008), Sachsen-Anhalt (27.8.2008), Türkei (5.11.2008), Mongolei (11.9.2008), Schweiz (29.-30.10.2008).

Internationale Organisationen

Folgende SpitzenrepräsentantInnen internationaler Organisationen besuchten im Jahr 2008 das Hohe Haus: **Bruce**



Abb. 8. Besuch von Theo-Ben Gurirab. Der Präsident der namibischen Nationalversammlung und späterer Präsident der Interparliamentary Union am 22.9.2008 (© HBF/Franz Hartl)

George (OSZE-PV, 21.-22.7.2008), **Léo Mórórés** (UNO-ECOSOC, 11.-12.8.2008), **Karen Koning AbuZayd** (UNWRA, 9.10.2008) und **Joao Soares** (OSZE-PV, 13.11.2008).

Interparlamentarische Versammlungen

Österreichische ParlamentarierInnen nahmen regelmäßig sowohl an den statutarischen Konferenzen als auch an einzelnen Spezialkonferenzen der Interparlamentarischen Union (IPU), der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, der WTO-Parlamentarischen Konferenz, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der Konferenz der Europaausschüsse (COSAC), der WEU-Versammlung, der Parlamentarischen Dimension der Zentraleuropäischen Initiative (ZEI) sowie der Euromediterranen Parlamentarischen Versammlung (EMPV) teil.



Abb. 9. Besuch von Köksal Toptan. Der Präsident der türkischen Großen Nationalversammlung, 4.-7.11.2008 (© HBF/Franz Hartl)

BAU- UND SANIERUNGSVORHABEN 2008

Neugestaltung des Nationalratssitzungssaals

Der Sitzungssaal des Nationalrates ist dringend sanierungsbedürftig. Mehr als 50 Jahre nach seiner Erbauung weist er starke Abnutzungserscheinungen auf und entspricht auch in technischer Sicht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Weder der Sitzungssaal selbst noch die BesucherInnengalerie ist behindertengerecht gestaltet. Sicherheitsmängel müssen ebenfalls beseitigt werden.

Die Herausforderung des Umbaus besteht in der zeitgemäßen Auseinandersetzung mit dem denkmalgeschützten Saalbau aus dem Jahr 1956 von Max Fellerer und Eugen Wörle, der seinerseits in Theophil Hansens Gesamtkunstwerk aus dem Jahr 1884 eingefügt ist. Um für den Umbau eine architektonisch ansprechende Lösung zu finden, wurde ein internationaler Architektur-Wettbewerb ausgeschrieben. Aus insgesamt 21 eingereichten Projekten wählte eine renommierte Jury unter dem Vorsitz des österreichischen Architekten Boris Podrecca den Entwurf des Linzer Architekturbüros

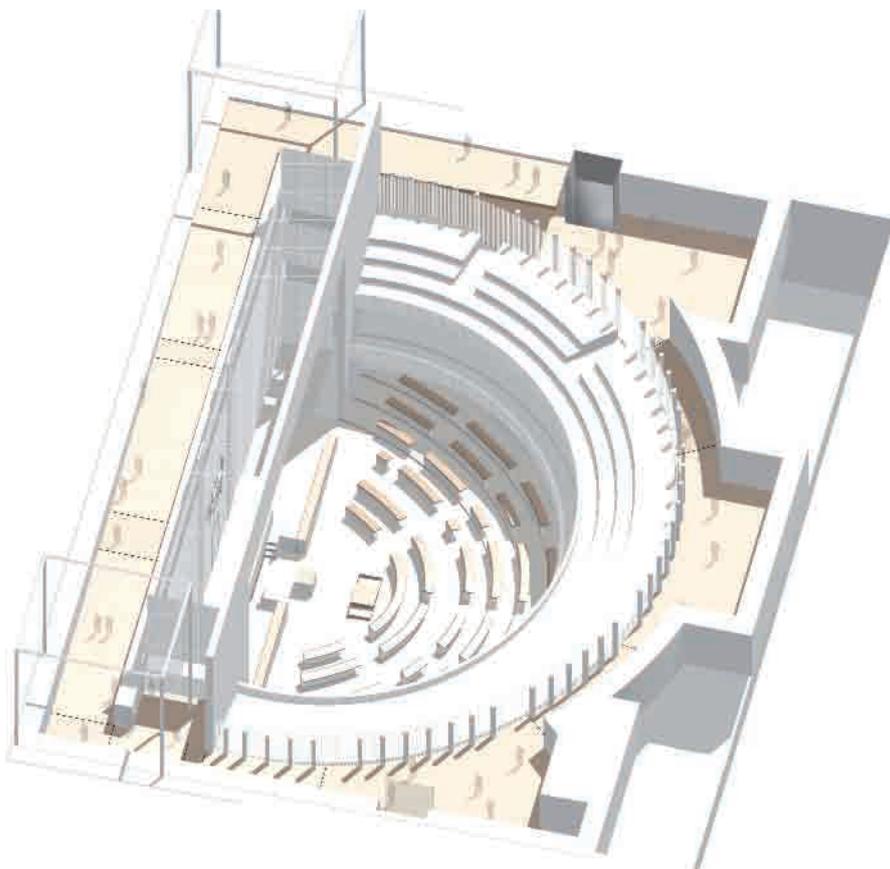


Abb. 11. Siegerprojekt (Architekturbüro Heidl), Grundriss



Abb. 10. Präs. Prammer bei der Eröffnung der Ausstellung am 6.10.2008
(© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

Heidl aus. Vom 7. bis 24. Oktober 2008 wurden jene 21 Projekte präsentiert, die im Rahmen des Wettbewerbs zur Neugestaltung des Sitzungssaals eingereicht worden waren. Im Mittelpunkt stand dabei das Projekt des Wettbewerbssiegers.

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 6. Oktober ließ Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die Vorgeschichte des Wettbewerbs noch einmal Revue passieren und wies darauf hin, dass nicht nur bauliche Abnutzungserscheinungen den Abgeordneten zu schaffen machten. Auch die Arbeitsweise des Nationalrates habe sich im Laufe der Zeit geändert und

erfordere neue Rahmenbedingungen. Zudem sei es notwendig, für BesucherInnen angemessene Möglichkeiten zu schaffen. Mit dem Siegerprojekt habe man sich, so die Präsidentin des Nationalrates, für einen „ruhigen Übergang“ entschieden. Der Entwurf gebe eine zeitgemäße Antwort auf die gestellten Anforderungen.

Von Seiten des Denkmalschutzes gibt es grundsätzlich Grünes Licht für eine Neugestaltung des Sitzungssaals. Allerdings hat das Bundesdenkmalamt im Vorfeld des Architektur-Wettbewerbs gewisse Vorgaben erarbeitet, insbesondere was

„die Optik der Vertikale“ betrifft. So wurden etwa Material und Form der Stirnwand hinter dem Präsidium, die geschwungene Rückwand im Bereich der Sitzungsebene und des Balkons sowie die raumbildenden Brüstungen beim Balkon und bei der Galerie als schützenswert eingestuft.

Das Siegerprojekt besteht nicht nur durch einen behutsamen Umgang mit der historischen Bausubstanz, es nutzt auch den vorhandenen Raum in optimaler Weise. Somit kommt der Umbau nicht nur den Abgeordneten selbst – durch eine wesentliche Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen –, sondern auch den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern von Nationalratssitzungen zugute. Direkt unter dem Sitzungssaal wäre die Einrichtung eines großzügigen BesucherInnenfoyers möglich, von wo aus man mit Liften barrierefrei auf die BesucherInnengalerie und in ein im Dachgeschoß angesiedeltes Informationszentrum gelangen wird.

Die Nüchternheit des Saals wird durch das zurückhaltende Farbkonzept überhöht, alle historischen Holzverkleidungen sind weiß lasiert. Die Saalrückwand – aufgelöst durch Stützen mit einer Umhüllung aus Glas-Holz-Lambarien – wird



Abb. 12. Parlamentsdirektor Georg Posch, Präsidentin des Bundesdenkmalamts Barbara Neubauer (© Parlamentsdirektio/Carina Ott)

präsen- ter und definiert eine großzügige Raumschale. Zusammen mit weißen Marmorverkleidungen und weiß lasierten Holzlamellen der abgehängten Decke entsteht eine diaphane Hülle, die das Saalvolumen optisch weitet. Durch den monochromen Hintergrund erhalten die Personen davor erhöhte Präsenz.

Mittlerweile wurde die Dringlichkeit der Sanierung eindrucksvoll aufgezeigt, indem Regenwasser durch das defekte

Glasdach in den Plenarsaal eingedrungen ist. Nationalratspräsidentin Prammer hat eine detaillierte Erhebung der Baumängel in Auftrag gegeben. Auf Basis dieser aktualisierten Dokumentation sollen das weitere Vorgehen und die Zeitschiene für die Baumaßnahmen festgelegt werden.



Abb. 13. Vorsitzender der Jury Boris Podrecca (© Parlamentsdirektion/Carina Ott)



Abb. 14. Siegerprojekt (Architekturbüro Heidl), Seitensicht

Weitere Projekte des Jahres 2008 waren (in Auswahl):

- **Umbau Tor 3**
Anlass: Sicherheitstechnische Aufrüstung von Tor 3 auf das Niveau des Zentraleingangs als Ersatzeingang
- **EURO 2008 - Umsetzung des Sicherheitskonzeptes**
Anlass: EURO 2008
- **Erneuerung der Glasdächer über Zentralgarderobe und Abgeordnetensprechzimmer**
Anlass: Undichtheiten und Überalterung der Konstruktion, Klimaschutz (Einbau einer Photovoltaikanlage)
- **Erneuerung der Fahrbahnbeläge im Wirtschaftshof 5 und 6**
Anlass: Wassereintritt in den darunterliegenden Haustechnikräumen
- **Schaffung von neuen Büroräumlichkeiten im Bibliotheksbereich**
Anlass: Zusammenführung von Abteilungen der Parlamentsdirektion
- **Erstellung eines Räumungskonzeptes für das Parlamentsgebäude**
Anlass: gesetzlicher Auftrag zur Durchführung von regelmäßigen Räumungsübungen für Brand- bzw. Notfälle
- **Erstellung eines Brandschutzkonzeptes für das Parlamentsgebäude**
Anlass: Erstellung eines einheitlichen Brandschutzkonzeptes als Planungsgrundlage für den Umbau der Sitzungssäle Nationalrat und Bundesversammlung
- **Adaptierung neu angemieteter Büroräumlichkeiten in den Gebäuden Reichratsstraße 7 und Doblhoffgasse 3**
Anlass: Zusammenführung von Organisationseinheiten
- **Modernisierung und Erweiterung der Rohrpostanlage**
Anlass: Störanfälligkeit sowie Anbindung der Büroräume im Gebäude RR7 an die Rohrpost
- **Neugestaltung der Lokalvorräume II bis IV**
Anlass: abgenutzte Oberfläche
- **Akustikmaßnahmen in den Lokalen II bis IV einschl. Umstellung auf Fan-Coil-Geräte**
Anlass: Verbesserung der Sprachverständlichkeit und Kühlungsmöglichkeit in der warmen Jahreszeit
- **Neuerrichtung der 2. Notstromversorgungsanlage**
Anlass: Erhöhung der Stromversorgungssicherheit des Parlamentsgebäudes
- **Restaurierung der siebenten Quadriga (Fertigstellung im Juli 2008) und der achten Quadriga (Beginn Oktober 2008, Fertigstellung Juli 2009)**
Anlass: Starke Rostschäden an der Stützkonstruktion und Oberflächenkorrosion
- **Ausbau der Sicherheits- und Fluchtwegebeleuchtung gemäß Masterplan**
Anlass: Gesetzesvorschrift
- **Erstellung einer Studie zur Energieevaluierung für das Parlamentsgebäude**
Anlass: Erstellung des gesetzlich vorgeschriebenen Energieausweises
- **Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur multifunktionalen Nutzung des Lokal VI**
Anlass: informationstechnologische Anforderungen, Raumknappheit



DER DIALOG MIT DER ÖFFENTLICHKEIT IN ZAHLEN: STATISTISCHES MATERIAL ZU VERANSTALTUNGEN UND PARLAMENTSFÜHRUNGEN

Veranstaltungen ¹

2002	90
2003	110
2004	107
2005	110
2006	161
2007	117
2008 ²	123

BesucherInnen im Rahmen von Veranstaltungen

2004	13505
2005 ³	24765
2006 ⁴	38081
2007 ⁵	28035
2008 ⁶	33065

BesucherInnen im Rahmen von Führungen im Parlamentsgebäude (inkl. Hausbegehungen an Plenartagen)

2004	63543
2005	73989
2006	110358
2007	109070
2008	123451

davon SchülerInnen 41,1 % (Vergleichszeitraum 2007: 49,6 %)

Zur Erklärung: An Plenartagen finden keine Führungen statt. Jedoch steht es den MandatarInnen frei, im Sinne ihrer Öffentlichkeitsarbeit Gruppen durch das Hohe Haus zu führen (gemäß der Hausordnung „Hausbegehungen“)

BesucherInnen im Rahmen von Führungen im Palais Epstein

2006	6767
2007	2963
2008	722

BesucherInnen im Rahmen von „Fußball-Führungen“ während der Euro 2008
vom 7. bis 28. Juni 2008:

Steigerung von über 400 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2007 mit 1.144 BesucherInnen erzielt.

Gesamt: 17.125 (dies entspricht einer Steigerung der Gästezahl von über 25 % gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr 2007 mit 13.636 BesucherInnen).

Bei den öffentlichen Fußball-Kurzführungen wurde mit 5.838 Gästen eine

1) Klubveranstaltungen sind dabei nicht berücksichtigt
2) Zahlreiche Veranstaltungen fanden im Kontext des Gedenkjahres statt
3) Davon 13.500 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2005
4) Davon 20.420 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2006
5) Davon 15.000 am Tag der offenen Tür am 26. Oktober 2007
6) Davon 12.502 im Rahmen der „Republik.Ausstellung 1918/2008“ im Zeitraum 12.11. – 31.12.2008

ZU DEN VERANSTALTUNGEN DES PARLAMENTS WÄHREND DES JAHRES 2008

Themenschwerpunkte parlamentarischer Veranstaltungen im Jahr 2008 waren unter anderem: das Gedenkjahr 2008, die Europäische Union, Kinder und Jugendliche, Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit und Dialog der Politik mit Kunst und Wissenschaft. Im Folgenden wird eine Auswahl der Veranstaltungen im Parlament dargestellt.

Gedenkveranstaltungen

12. März 2008

Diese Gedenkveranstaltung aus Anlass des 70. Jahrestages des so genannten Anschlusses fand im historischen Sitzungssaal des Parlaments statt. Dabei hielten Bundespräsident Heinz Fischer, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Bundesratspräsident Helmut Kitzinger, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer Ansprachen.

Matinee am 4. Mai 2008 und Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 5. Mai 2008

„War nie Kind...“ war das Motto einer Matinee in Kooperation mit dem Volkstheater. Aus Anlass der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen Anfang Mai 1945 gedachten die beiden Häuser des Parlaments am 5. Mai in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer sowie hochrangiger Persönlichkeiten des In- und Auslands der Opfer des Nationalsozialismus. Der Gedenktag soll die Erinnerung in immer neuen Ausdrucksformen lebendig erhalten, sagte Präsidentin Barbara Prammer. Einen möglichen Weg dazu sah die Präsidentin in der Kunst, etwa bei Ilse Aichinger, die in ihrem Roman „Die größere Hoffnung“ wahrnehmen lasse, was der Nationalsozialismus im Leben vieler Menschen weit über 1945 hinaus hinterlassen habe. „Denn Kindheit lässt sich weder nachholen, noch lässt sie sich einfach fortsetzen, so als wäre nichts gewesen“.



Abb. 15. Ansprache von Barbara Prammer am 5. Mai 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

9. November 2008

Nationalratspräsidentin Prammer lud zu einer Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Novemberpogroms. Nach der Begrüßung durch die Präsidentin sprach Ariel Muzicant, der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde. Im Anschluss daran lasen Schauspielerinnen und Schauspieler des Volkstheaters aus verschiedenen Texten (z.B. Stefan Zweig). Im Innenhof des Palais Epstein wurden anschließend Bücher zum Thema präsentiert.

Kinder und Jugendliche

Den spezifischen Anliegen junger Menschen galten viele Veranstaltungen des abgelaufenen Parlamentsjahres. Über Jugendparlament und Demokratiewerk-

statt wird in einem eigenen Abschnitt berichtet.

Unter dem Titel „Du hast die Macht, du Zwetschke. Junge Gedanken zum Klima-

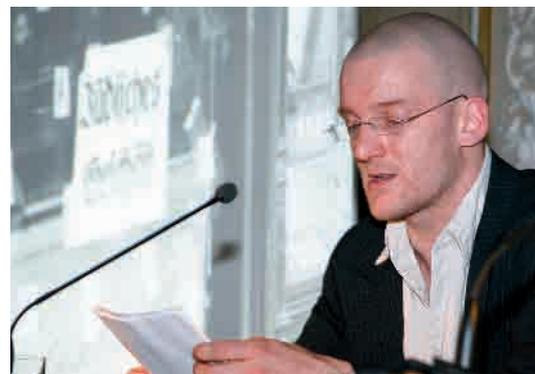


Abb. 16. Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Novemberpogroms am 9.11.2008 (© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

wandel“ forderte die Autorin Elke Pruckner Konsumentinnen und Konsumenten am 1. 4. 2008 auf, durch umweltbewusstes Einkaufen zum Klimaschutz beizutragen. Das Buch ging aus dem Klimaschutz-Schreibwettbewerb „clim-8“ hervor, den Dritte Präsidentin Glawischnig-Piesczek ins Leben gerufen hatte. An der Buchpräsentation nahmen unter anderem Bundeskanzler Gusenbauer, Klubobmann Van der Bellen, Bildungsministerin Schmied, Siemens-Generaldirektorin Ederer und Telekom-Generaldirektor Nemsic teil. Für die jungen AutorInnen sprach der Sieger des Wettbewerbs Matthias Mayer.

Am **15.4.2008** diskutierte die Gewerkschaftsjugend die Frage „Können Jugendliche und junge Erwachsene ausreichend mitbestimmen, wenn es um ihre Zukunft geht?“ mit Staatssekretärin Christine Marek, SP-Abgeordneter Laura Rudas, ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer, ÖH-Vorsitzender Lisa Schindler und ÖGJ-Bundesvorsitzendem Jürgen Michlmayr.

Am **24.4.2008**, dem „Töchterttag“, informierte Präsidentin Prammer Mädchen über Berufsmöglichkeiten im Parlament. Tags darauf eröffnete die Präsidentin ein Jugendparlament zum Thema „Jugendstrafrecht“. Gemeinsam mit den Abgeordneten Laura Rudas (S), Jochen Pack (V), Albert Steinhauser (G), Manfred Haimbuchner (F) und Gernot Darmann (B), lernten Tiroler SchülerInnen die parlamentarische Arbeit in simulierten Klub-, Ausschuss- und Plenarsitzungen kennen.

Bei einem Treffen mit jungen MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion am **5.9.2008** bekannte sich Präsidentin Prammer zur Vorbildfunktion des Parlaments bei der Lehrlingsausbildung. Derzeit absolvieren acht Lehrlinge – vier Mädchen und vier Burschen ihre Ausbildung in den Abteilungen Gebäudeverwaltung, Sicherheit, EDV und in der „Demokratiewerkstatt“. Diese noch junge Einrichtung zur Stärkung des Demokra-

tie- und Parlamentsbewusstseins soll stärker für die Weiterbildung junger ParlamentsmitarbeiterInnen genutzt werden, regte die Präsidentin an.

Zur zielgruppenorientierten Vertiefung des Gedenkjahr-Schwerpunktes „Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus“ veranstaltete Präsidentin Prammer gemeinsam mit der Bundesjugendvertretung und namhaften ExpertInnen, unter ihnen Brigitte Bailer vom Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands und Emmerich Talos von der Universität Wien, am **14.11.2008** eine Enquete. Die vielen Gesichter der Verfolgung und die vielen Einzelschicksale gerade auch unter Kindern und Jugendlichen dürfen nicht in Vergessenheit geraten, sagte die Präsidentin: 1,5 Millionen jüdische Kinder wurden wegen ihrer Herkunft, zehntausende Kinder wegen Krankheiten und Behinderungen ermordet. Unzählige Kinder mussten Österreich verlassen – oft ohne Eltern und Geschwister – und sahen ihre Familienangehörigen nicht immer wieder.

Das Parlament informiert über die Europäische Union

Am **4.2.2008** stellten die PräsidentInnen Prammer, Spindelegger und Glawischnig-Piesczek gemeinsam den Ratifizierungsfahrplan für den Vertrag von Lissabon vor und kündigten über öffentliche Ausschusssitzungen hinaus drei EU-Veranstaltungen an: „Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen I bis III.“ Den Auftakt dazu bildete am **22.2.2008** eine EU-Diskussion zwischen PolitikerInnen und ExpertInnen mit VfGH-Präsident Karl Korinek an der Spitze mit dem Thema „Die Zukunft Europas.“ Die zweite Veranstaltung dieser parlamentarischen Diskussionsreihe fand am **2.4.2008** mit dem Schwerpunkt „Sicherheit und Neutralität“ statt. Die dritte Veranstaltung am **9.5.2008** stellte das Thema „BürgerInnenrechte“ in den Mittelpunkt.



Abb. 17. Töchterttag im Parlament am 24.04.2008
(© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

nig-Piesczek gemeinsam den Ratifizierungsfahrplan für den Vertrag von Lissabon vor und kündigten über öffentliche Ausschusssitzungen hinaus drei EU-Veranstaltungen an: „Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen I bis III.“ Den Auftakt dazu bildete am **22.2.2008** eine EU-Diskussion zwischen PolitikerInnen und ExpertInnen mit VfGH-Präsident Karl Korinek an der Spitze mit dem Thema „Die Zukunft Europas.“ Die zweite Veranstaltung dieser parlamentarischen Diskussionsreihe fand am **2.4.2008** mit dem Schwerpunkt „Sicherheit und Neutralität“ statt. Die dritte Veranstaltung am **9.5.2008** stellte das Thema „BürgerInnenrechte“ in den Mittelpunkt.



Abb. 18. Vertrag von Lissabon: Fakten und Einschätzungen. Erste Informationsveranstaltung am 22.02.2008: „Die Zukunft Europas“ (© Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl)

Symposien, Tagungen, Informationsveranstaltungen

Als Beitrag zur „Kultur des Erinnerns“ im Gedenkjahr 2008 stellten Generaldirektor Alexander Wrabetz, Gisela Hopfmüller-Hlavac sowie Andreas Novak, Robert Gokl und Tom Matzek am **11.3.2008** die Fernseh-Dokumentation des ORF über Ursachen und Folgen des „Anschlusses“ im März 1938 in drei Teilen vor: „Untergang Österreichs“, „Flucht ins Ungewisse“ und „Alltag unterm Hakenkreuz“.

Eine Fachtagung des Sir Peter Ustinov-Instituts befasste sich am **2.4.2008** im Palais Epstein mit der Entstehung von Feindbildern und mit deren Überwindung.

Werner Dreier und Markus Barnay stellten am **13.5.2008** auf Einladung von Präsidentin Prammer und Unterrichtsministerin Claudia Schmied ihr DVD-Projekt „Das Vermächtnis“ über 13 Holocaust-Überlebende vor.

Zum Thema „e-voting“ wurde über Einladung des Zweiten Präsidenten des Nationalrates Michael Spindelegger am **14.5.2008** diskutiert.



Abb. 19. NR-Präsidentin Barbara Prammer mit Zeitzeuginnen
(© Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl)

Am **20.5.2008** fand aus Anlass der EURO 2008 die Anti-Rassismus-Veranstaltung „Fußball verbindet! – Fußball. Versteht sich!“ in der Säulenhalle des Hohen Hauses statt.

Brigitte Hamann sprach am **12.6.2008** im Rahmen der „Epstein-Vorlesungen“ über das Leben und Schaffen von Leon Zelman.

Am **11.7.2008** enthüllte Nationalrats-

präsidentin Prammer an der Außenmauer des Palais Epstein eine Gedenktafel für Leon Zelman. An dem feierlichen Akt nahmen zahlreiche Ehren Gäste teil, darunter viele Mitglieder der Familie Leon Zelmans.

Leon Zelman wurde am 12. Juni 1928 im polnischen Szczekociny geboren. Mit zwölf Jahren wurde er gemeinsam mit seiner Familie in das Ghetto Lodz deportiert, wo seine Eltern ermordet wurden.



Abb. 20. „Fußball verbindet!“ am 20.05.2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)



Abb. 21. Gedenktafel für Leon Zelman
(© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

1944 wurden er und sein Bruder in das KZ Auschwitz überstellt, das sein Bruder nicht überlebte. Zelman selbst kam danach in das Lager Ebensee, wo er am 6. Mai 1945 befreit wurde. 1949 ging er nach Wien, wo er das Studium der Publizistik 1954 mit dem Doktorat beendete. Während seiner Studienzeit war er führender Funktionär der Jüdischen Hochschülerschaft. 1951 war er Mitbegründer der Zeitschrift „Das Jüdische Echo“.

1980 schuf er den „Jewish Welcome Service Vienna“, im Rahmen dessen die

Stadt Wien über ihre jüdische Geschichte und Gegenwart informiert sowie jährlich Tausende Jüdinnen und Juden aus aller Welt – vielfach mit biographischem Bezug zu Österreich – zu einem Besuch in Wien eingeladen werden. Leon Zelman, dessen Lebenswerk im „Jewish Welcome Service Vienna“ verwirklicht wurde, starb am 11. Juli 2007 in Wien.

Mit Fragen zum Mehrheitswahlrecht beschäftigte sich am **9.10.2008** ein Symposium im Hohen Haus, zu dem Nationalratspräsidentin Prammer gemeinsam mit der „Initiative Mehrheitswahlrecht“ einlud. Unter dem Titel „Demokratie im Umbruch – Perspektiven einer Wahlrechtsreform“ diskutierten WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen, InteressenvertreterInnen und andere ExpertInnen über mögliche Auswirkungen einer Abkehr vom traditionellen Verhältniswahlrecht in Österreich.

Vom **14.12.2008** bis zum **17.12.2008** tagte die internationale ITF-Konferenz im Hohen Haus. Die „Taskforce for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ widmet sich verschiedenen Aufgaben der vergangenheitspolitischen Bildung sowie der Erin-

nerung und Erforschung des Holocaust. Die ITF wurde 1998 auf Initiative des damaligen schwedischen Premiers Göran Persson gegründet. Gegenwärtig gehören der ITF 25 Staaten als Mitglieder an, drei internationale Organisationen haben Beobachter-Status.

Im Jahr 2008 hatte Österreich den jährlich wechselnden Vorsitz der ITF inne.

Festakte, Preisverleihungen, Jubiläen

Am **7.3.2008** beging das Parlament den Internationalen Frauentag unter dem Motto „Frauen feiern grenzenlos.“ Im Zeichen des interkulturellen Dialogs stellten Organisationen wie „Ärzte ohne Grenzen“, „Burma Austria Allianz“, das „International Center for Black Women’s Perspectives“ und die „Afrikanische Frauenorganisation“ ihre Projekte vor.

Am **14.5.2008** empfing Präsidentin Prammer die 40 PreisträgerInnen des Malwettbewerbs „Kinder malen eine Marke“ des Österreichischen Bundesheeres, der Österreichischen Staatsdruckerei sowie der Österreichischen Post.



Abb. 22. Internationale ITF-Konferenz am 14.-17.03.2008 (© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

Am **15.5.2008** überreichte Präsidentin Prammer den Press Freedom Award der Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ an Svetlana Ivanova Batalova (Bulgarien), Kristina Ivanova Koleva-Tuntcheva (Bulgarien) und Ovidiu-Mihai Vanghele (Rumänien) für ihr Engagement im Kampf gegen Menschenhandel, Korruption, Machtmissbrauch und Kriminalität.

Am **3.7.2008** luden Nationalratspräsidentin Prammer und der „Republikanische Club – Neues“ Österreich zur ersten Verleihung des „Rudolf Gelbard-Preises für Aufklärung gegen Faschismus und Antisemitismus“.

Am **25.9.2008** lud Präsidentin Prammer zur Veranstaltung aus Anlass des 10-Jahres-Jubiläums des Vereins „austrian gay Professionals“ (agpro) in das Palais Epstein um dessen Engagement zur Gleichbehandlung Homosexueller in der Wirtschaft zu würdigen.

Am **5.10.2008** gab Präsidentin Prammer anlässlich des 60. Jahrestags der Gründung des Staates Israel und anlässlich des 88. Jahrestags der Gründung von WIZO (Women's International Zionist Organisation) für Kinder und Mütter einen Empfang im Palais Epstein.



Abb. 23. Walter Arlen, 13.10.2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

Am **10.10.2008** begrüßte Präsidentin Prammer TeilnehmerInnen der internationalen Wiener Konferenz zur Entwicklung nationaler Aktionspläne gegen weibliche Genitalverstümmelung im Parlament und erhielt aus den Händen von Khady Koita, der Präsidentin des EURONET-FGM-Netzwerkes (FGM – female genital mutilation) für ihr langjähriges Engagement eine Auszeichnung. Die Notwendigkeit des Kampfes gegen FGM auch in Europa unterstrichen die Vizepräsidentin des österreichischen

FGM-Komitees Christa Pözlbauer und die afrikanische Frauenrechtlerin Etenesh Hadis.

Die Überreichung des Goldenen Ehrenzeichens für Verdienste um die Republik Österreich an den 1939 vor den Nazis aus Wien geflohenen, jetzt in Los Angeles lebenden Musikkritiker, Lehrer und Komponisten Walter Arlen am **13.10.2008** im Parlament gab Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Bundesministerin Claudia Schmied Gelegenheit, einem großen Österreicher jüdischer Herkunft zu danken, der die Verbindung zu seiner Heimat nie abreißen ließ und große Verdienste mit seinem künstlerischen Schaffen erwarb. Nun sei „der Kreis der Versöhnung geschlossen“, sagte Walter Arlen.

Dem 30-Jahr-Jubiläum der größten heimischen Opferhilfeorganisation „Weisser Ring“ galt am **17.10.2008** ein Festakt. 1978 wurde auf Initiative von AnwältInnen, JournalistInnen und PolitikerInnen der Weisse Ring gegründet, um Verbrechensopfern effektive Hilfe anzubieten und die Gesellschaft auf deren spezifische Situation aufmerksam zu machen.

Präsidentin Prammer und Bundesministerin Silhavy gratulierten dem Präsidenten des Weissen Ringes Udo Jesionek.



Abb. 24. Treffen der nationalen FGM-Koordinatorinnen aus den EU-Ländern (© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

Bundespräsident Fischer plädierte in seiner Festansprache für eine wirksame Verbrechensprävention und der Viktimologe Jan van Dijk von der Universität Tilburg erläuterte die Grundsätze moderner Opferfürsorge.

Beim Festakt zum 30. Geburtstag des Kuratoriums für Journalistenausbildung (KfJ) am **31.10.2008** unterstrich Präsidentin Prammer die Bildungsfunktion der Medien und sah Politik und Medien bei den „blinden Flecken im Demokratiebewusstsein der Bevölkerung“ gefordert.

Am **13.11.2008** überreichte Präsidentin Prammer den mit 15.000 Euro dotierten Demokratiepreis 2008 der „Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie“ je zur Hälfte an eine Wiener Ganztagsvolksschule und an die Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen. Präsidentin Prammer und die Laudatores, Zeithistoriker Oliver Rathkolb und VfGH-Vizepräsidentin Brigitte Bierlein lobten das vorbildliche Engagement der PreisträgerInnen für die Stärkung von Demokratiebewusstsein und Toleranz. Die Demokratie sei „ein sehr filigranes Gebilde, das eine aktive Zivilgesellschaft nachhaltig absichern“ müsse, sagte Präsidentin Prammer.

Zum 20-jährigen Gründungsjubiläum der Hilfsorganisation AMCHA lud Präsidentin Prammer am **17. 11. 2008** zu einem Festakt in das Palais Epstein. Präsidentin Prammer würdigte das Engagement von AMCHA in der psychosozialen Betreuung von Opfern des Nationalsozialismus.

Am **10.12.2008** überreichte Nationalratspräsidentin Prammer bei einer Feier im Parlament das Große Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich an Moshe Hans Jahoda. Der im Jahr 1926 geborene Wiener gelangte 1938 mit einem Kindertransport nach Palästina.

Er verlor seine Familie in Auschwitz und setzte sich später für die Opfer der Shoa



Abb. 25. Installation des ImPulsTanz Festivals - Scattered Crowd - Säulenhalle
(© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

ein. Zu der Feier waren u.a. der frühere Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, die frühere Außenministerin Ursula Plassnik, der Präsident der Kultusgemeinde Ariel Muzicant, der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Clemens Jabloner, Volksanwältin Terezija Stojšits und viele Mitglieder der Familie und Freunde des Geehrten gekommen.

Kunst und Kultur

Zu einer Premiere der besonderen Art

lud Nationalratspräsidentin Prammer am **29.7.2008** in das Hohe Haus: Im Rahmen des Wiener Tanzfestivals „ImPulsTanz“ verwandelte das choreographische Objekt „Scattered Crwod“ von William Forsythe die Säulenhalle des Parlaments in eine Kunstzone.

„Hommage an die Fotografie“ nannte sich die Sonderausstellung, die am **10.12.2008** im Parlament eröffnet wurde. Die Schau will unterschiedliche foto-



Abb. 26. Festakt zur Verleihung des Demokratiepreises 2008 der Margaretha Lupac-Stiftung
(© Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl)

grafische Zugänge zur Architektur vorstellen und animiert die BetrachterInnen zur Auseinandersetzung mit den Kunstwerken. Der Kunstkurator des Parlaments, Gerald Matt, bezeichnete Kunst als elementaren Bestandteil des öffentlichen Lebens und erinnerte an deren Rolle bei der Erneuerung der Gesellschaft.

Buchpräsentationen

Am **18.1.2008** präsentierte Präsidentin Prammer das von der Theodor Kramer-Gesellschaft herausgegebene Buch „In welcher Sprache träumen Sie?“. Es enthält Gedichte von 278 LyrikerInnen des österreichischen Exils der Jahre 1938 bis 1945.

Am **4.3.2008** wurde der von German Marshall Fund und Erste Stiftung herausgegebene Sammelband „Reclaiming Democracy – Civil Society and Electoral Change in Central und Eastern Europe“ vorgestellt.

Am **31.3.2008** lud Präsidentin Prammer zur Präsentation von Hans Marsaleks Dokumentation „Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen“ sowie der Bücher „Zwischen Mutterkreuz und



Abb. 27. Ehrung von Moshe Hans Jahoda, 10.12.2008
(© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

Gaskammer“ und „Der Geist ist frei“ mit Biografien von 32 deportierten KünstlerInnen und WissenschaftlerInnen in der „Edition Mauthausen.“

Am **14.4.2008** präsentierte der Journalist Dieter Kindermann im Parlament sein Buch „Schicksalsmomente wie Zeitzeugen sie erlebten“ (Kremayr&Scheriau).

An der Vorstellung und Besprechung der von Gerhard Hafner herausgegebenen Dokumentation des Symposiums des Katholischen Bildungshauses Tinje/Tainach zum Thema „Schutz und Durchsetzung der Rechte nationaler Minderheiten“ nahmen am **2.10.2008** der Präsident des Verfassungsgerichtshofes Gerhart Holzinger und die ehemaligen Bundesminister Caspar Einem, Erwin Lanc und Heinrich Neisser teil. Präsidentin Prammer betonte, der Umgang einer Gesellschaft mit ihren Minderheiten sei Gradmesser der „Verinnerlichung von Grundrechten“ und mahnte die vollständige Umsetzung des Staatsvertrags und die damit verbundene Verpflichtung zur Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten ein. Klare Worte sprach auch der ehemalige Präsident des Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamovich, der den politischen Parteien vorwarf, dem Recht in wichtigen Fragen aus Angst, Stimmen zu verlieren, nicht zum Durchbruch zu verhelfen. Bernd-Christian Funk kritisierte Mängel in der Effektivität im Volksgruppenrecht.

Präsidentin Prammer lud am **15.10.2008** zur Präsentation des von Waldemar Hummer bei Böhlau edierten Sammelbandes „50 Jahre Österreich im Europa-



Abb. 28. Sonderausstellung „Hommage an die Fotografie“
(© Parlamentsdirektion/Bettina Mayr-Siegl)

rat“. Vizekanzler a.D. Erhart Busek, der ehemalige Generalsekretär des Europarates Walter Schwimmer und der ehemalige Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Peter Schieder beleuchteten das Engagement österreichischer ParlamentarierInnen im Europarat und analysierten die Bedeutung des Europarates für die Außenpolitik Österreichs.

Am **20.10.2008** präsentierten Präsidentin Prammer und der Vorsitzende des Volksgruppenbeirats der Roma, Rudolf Sarközi, das Buch „Roma Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung“ (Drava Verlag). Es zeichnet den mühevollen Weg nach, den die österreichischen Roma und Sinti von der Verfolgung in der Zeit des Nationalsozialismus bis zur Anerkennung als Volksgruppe im Jahr 1993 gehen mussten. Rudolf Sarközi, auch Vorsitzender des „Kulturverein österreichischer Roma“, erläuterte gemeinsam mit Florian Freund und Gerhard Baumgartner das Projekt zur namentlichen Erfassung der zwischen 1938 und 1945 ermordeten österreichischen Roma und Sinti.

„Die Todesstrafe ist unvereinbar mit den Menschenrechten“, stellte Präsidentin Prammer 40 Jahre nach deren Abschaffung in Österreich fest und bilanzierte am **21.10.2008** gemeinsam mit der Präsidentin der Liga für Menschenrechte Irmtraut Karlsson, dem Präsidenten der „Zentralen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz“ Martin Polaschek und dem Kriminalsoziologen Heinz Steinert die Bemühungen zur Abschaffung der Todesstrafe weltweit. Claudia Kuretsidis-Haider, Heimo Halbrainer und Elisabeth Ebner präsentierten als HerausgeberInnen den Tagungsband des interdisziplinären Symposions: „Mit dem Tode bestraft. Historische und rechtspolitische Aspekte zur Todesstrafe in Österreich im 20. Jahrhundert und der Kampf um ihre weltweite Abschaffung“ (Verlag Clio Graz).

Am **23.10.2008** lud Präsidentin Prammer zur Präsentation eines Buches des Chef-



Abb. 29. Präsentation des Buchs „Coaching für Platon“ (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

redakteurs der Parlamentskorrespondenz Franz-Josef Weißenböck, der in „Coaching für Platon“ (edition va bene) fiktive supervisorische Gespräche mit sechs antiken Geistern – unter ihnen Platon, Caesar und Pontius Pilatus – führte und so literarische Brücken zwischen Moderne und Antike schlug.

Am **30.10.2008** stellte Präsidentin Prammer eine 400 Seiten starke Ausgabe von Adolf Schärfs „Tagebuchnotizen“ im Staatsvertragsjahr 1955 vor (Studienverlag Innsbruck).

Am **4.12.2008** lud Präsidentin Prammer zur Präsentation dreier Bücher in das Hohe Haus: Ilse Reiters monumentale Biographie „Gustav Harpner 1864-1924“ (Verlag Böhlau) behandelt das Leben des angesehenen sozialdemokratischen Rechtsanwalts, zu dessen Klienten unter anderem Victor Adler und Otto Glöckel zählten. Das Buch der Herausgeberin Renate Schreiber „Es geschah in Wien. Erinnerungen von Elsa Björkman-Goldschmidt“ (Verlag Böhlau) dokumentiert Erlebnisse und Beobachtungen einer schwedischen Krankenschwester, die im Ersten Weltkrieg deutsche und österreichische Kriegsgefangene in Russland und Sibirien betreute, in Wien für die

Hilfsorganisation „Rettet das Kind“ arbeitete, 1938 mit ihrem jüdischen Ehemann Wien verließ, 1945 aus Schweden nach Wien zurückkehrte. „Die Wodaks. Exil und Rückkehr“ (Braumüller-Verlag) von Bernhard Kuschey ist eine „Doppelbiographie“ des Ehepaares Erna und Walter Wodak. Erna Mandel entstammte einer Wiener Rabbinerfamilie, die nach ihrer Vertreibung 1938 ihr Chemiestudium in England abschloss und dort den exilierten jüdischen Sozialdemokraten Walter Wodak traf, der nach seiner Rückkehr nach Österreich hohe Funktionen als Diplomat und im Außenamt innehatte.

Ausstellungen im Gedenkjahr 2008

Am 1. Internationalen Tag der Demokratie, dem **15.9.2008**, startete Präsidentin Prammer gemeinsam mit Unterrichtsmministerin Claudia Schmied im Palais Epstein das Ausstellungsprojekt „Demokratie hat Geschichte. Parlamentarismus in Österreich seit 1848.“ Die Wanderausstellung dient den Schulen als Grundlage für den Unterricht in politischer Bildung und ist noch bis 2010 in Österreich unterwegs.

Am **12.11.2008** eröffnete Präsidentin Prammer in Anwesenheit von Bundespräsident Heinz Fischer gemeinsam mit Bundeskanzler Alfred Gusenbauer und Vizekanzler Wilhelm Molterer die „Republik-Ausstellung 1918/2008“ in der Säulenhalle. Gedacht wurde des 12. November 1918, an dem vor dem Parlament die Erste Republik ausgerufen wurde. Die Schau von Stefan Karner und Lorenz Mikoletzky stellt die historische Entwicklung der Republik vom Neubeginn nach



Abb. 30. Eröffnung der Wanderausstellung - Demokratie hat Geschichte (© Parlamentsdirektion/Carina Ott)

dem Ersten Weltkrieg bis in die Gegenwart dar. „Ohne Wissen um Geschichte gibt es kein Demokratiebewusstsein und kein Bewusstsein für künftiges Handeln“, sagte die Präsidentin des Nationalrates und fügte hinzu, dass „politisches Interes-

se Geschichtsbewusstsein, politische Bildung und Zivilcourage voraus[setzt]“.

Vizekanzler Molterer nannte den Glauben an Österreich, das unverbrüchliche Ja zur Demokratie, das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft und den Konsens über den europäischen Einigungsprozess als Eckpunkte einer positiven Entwicklung des Landes. Bundeskanzler Gusenbauer sah die Deregulierung an ihre Grenzen stoßen und erinnerte an die entscheidenden Erfolgsfaktoren beim Aufstieg der Republik Österreich: Arbeit, sozialer Zusammenhalt, Demokratie und kritische Zivilgesellschaft.

Die Ausstellung wird bis einschließlich **11.4.2009** in der Säulenhalle gezeigt. Die zahlreichen historischen Dokumente beleuchten die Entwicklung der Republik Österreich mit ihren Kontinuitäten und Brüchen.



Abb. 31. Barbara Prammer und Heinz Fischer bei der Eröffnung der Republikausstellung 1918-2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

DIE DEMOKRATIEWERKSTATT IM PALAIS EPSTEIN

Das Jahr 2008 bedeutete für die Demokratiewerkstatt den ersten, abgeschlossenen Jahreszyklus im Vollbetrieb. Neben den vier, für den Start im Oktober 2007 konzipierten Werkstätten

- Werkstatt mit ParlamentarierInnen – ExpertInnen zu Gast im Workshop. Thema: „Sind Gesetze für alle da?“
- Politische Werkstatt – eine Expedition durchs Parlament! Thema: „Auf der Spur des Gesetzes“
- Partizipationswerkstatt – Mitreden – Mitbestimmen. Thema: „Meine Meinung zählt“
- Medien Werkstätten – Zeitungen, Radio, Film – selbst machen! Thema: „Manipulation durch Information“

gab es eine Reihe von Sonderaktivitäten sowie ab 19. Dezember 2008 auch eine neue, fünfte Werkstatt mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte, die „Zeitreise Re-



Abb. 32. Demokratiewerkstatt 2008 (Gang zum Palais Epstein)
(© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

publik“. Besonderes Augenmerk lag weiters auf einer verstärkten Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen aus allen neun Bundesländern.

Sonderaktivitäten im Jahr 2008

Shape-up-Workshops (Werkstatt mit ParlamentarierInnen, Medienwerkstatt): Im Rahmen des EU-Projekts „Shape-up zur Förderung der Gesundheit und eines ausgewogenen Heranwachsens“ konnte die 3B des GRG 21, Franklinstraße 21, am 28. Februar 2008 in der Demokratiewerkstatt mit Unterstützung der anwesenden ExpertInnen neue Wege zur Erreichung ihrer Projekt-Ziele erarbeiten.

Workshops für lernbehinderte Erwachsene (Werkstatt mit ParlamentarierInnen): Fragen, die Menschen mit Lernbehinderung in der Gestaltung ihres Lebensumfelds unmittelbar betreffen, wie etwa zu Sachwalterschaft, Pflege zu Hause, gesetzliche Verankerung ihrer Vertretungen sowie Arbeits- und Weiterbildungsmöglichkeiten, standen im Mittelpunkt der beiden Workshops mit ParlamentarierInnen am 2. April sowie dreier Medienwerkstätten am 5. November. Die Veranstaltungen wurden in Zusammen-



Abb. 33. Ehrung der ersten Demokratiewerkstatt-Profis am 17. 06. 2008
(© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

arbeit mit der überparteilichen Plattform ÖKSA (Österreichisches Komitee für Soziale Arbeit) durchgeführt.

Themen aus der Schulpolitik (Partizipationswerkstatt): Was PolitikerInnen aus Sicht von Kindern und Jugendlichen über die Schule wissen sollten, wurde auf Initiative des Unterrichtsausschusses des Nationalrates von 18. Februar bis 6. August 2008 in den Workshops der Partizipationswerkstatt erarbeitet.

Erweiterung des Werkstattangebotes

Zeitreise Republik: Im Rahmen der Republikausstellung im Parlamentsgebäude wurde am 19. Dezember 2008 eine fünfte Werkstatt mit dem Schwerpunkt Zeitgeschichte eröffnet. Themen, die die Entwicklung der Republik Österreich von 1918 bis 2008 prägten, wie etwa: „Wie wurde die Republik gegründet?“, „Die Ausschaltung der Demokratie“, „Was war der Kalte Krieg und welche Bedeutung hatte er für Österreich?“ und „Wie wurde Österreich Mitglied der Europäischen Union?“, werden in Kleingruppen erarbeitet und zu einem großen Ereignisbogen zusammengefügt. Am Ende des Workshops werden die Ergebnisse in einem Gesamtbild visualisiert und als Radiosendung aufbereitet.

Bundesländer-Kooperationen

In einem ersten Probelauf für eine enge Zusammenarbeit mit den Bundesländern gastierte die Demokratiewerkstatt von 28. Juni bis 3. Juli 2008 im Vorarlberger Landtag; weitere Bundesländertouren im Jahr 2009 sind in Planung.

TeilnehmerInnen

Die Teilnahme an den verschiedenen Workshops wird im Demokratiewerkstatt-Pass bestätigt. Wer alle Werkstätten ein Mal absolviert hat, wird von der Präsidentin des Nationalrates zum „Demokratiewerkstatt-Profi“ gekürt. Bereits im Juni 2008 konnten insgesamt 173 Kinder und Jugendliche, die alle Workshops im Klassenverband absolviert hatten, geehrt werden. Am 5. Dezember wurden die ersten 30 Demokratiewerkstatt-Profis aus den öffentlichen Workshops für EinzelteilnehmerInnen ausgezeichnet.

Organisation

Für Gruppen (Schulklassen, Hortgruppen, ...) werden die Workshops von Montag bis Freitag werktags um 8.30 Uhr und um 13.30 Uhr angeboten. Ist der Schulstandort weiter als 100 km von Wien entfernt, kann die Beginnzeit auf 10.30 Uhr verlegt werden.

EinzelteilnehmerInnen haben jeden ersten Samstag im Monat nachmittags im Rahmen von öffentlichen Workshops Gelegenheit, an der Demokratiewerkstatt teilzunehmen (Dauer der Workshops: 3,5 bis 4 Stunden.)

Auch in den Sommerferien wird es öffentliche Workshops in der Demokratiewerkstatt geben: jeden Mittwoch (9., 16., 23., 30. Juli und 6. August 2008), jeweils von 9 bis 12.30 Uhr und von 14 bis 17.30 Uhr!

Statistik

Von der Eröffnung der Demokratiewerkstatt bis Ende des Jahres 2008 nutzten insgesamt über 11.000 Kinder und Jugendliche in insgesamt 476 Workshops das Angebot der Demokratiewerkstatt, viele von ihnen sogar in mehreren Werkstätten. Mit Beginn des Nachmittagsbetriebes im Februar 2008 stieg die Zahl der pro Woche durchgeführten Workshops signifikant an.

Kontakt:

demokratiewerkstatt@parlament.gv.at;
www.demokratiewerkstatt.at

Aufteilung der Workshops insgesamt, nach Schultypen

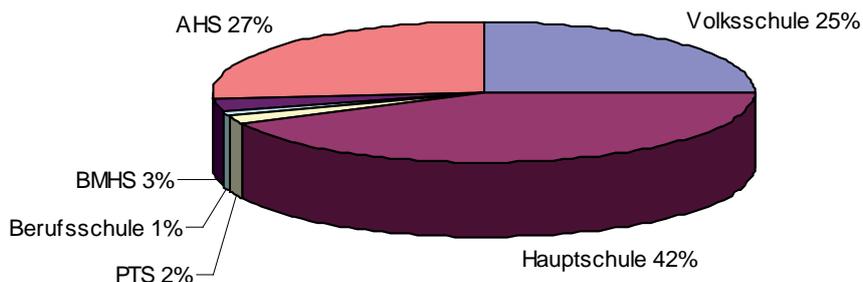


Abb. 34. Grafik Workshops pro Schultyp im Jahr 2008 (© Parlamentsdirektion)

Jugendparlament

Zwei Mal im Jahr findet auf Einladung der Präsidentin des Nationalrates im österreichischen Parlament in Wien ein Jugendparlament statt. Bei Ausschuss- und Plenarsitzungen haben drei Klassen der 9./10. Schulstufe einen Tag lang Gelegenheit, zu erleben, was es heißt, PolitikerIn zu sein, und wie politische Entscheidungen zu Stande kommen.

Um die Arbeit der Jugendlichen zu erleichtern, stehen Abgeordnete sowie MitarbeiterInnen des Parlaments mit Rat und Tat zur Seite. Ziel ist es, bei den Jugendlichen Interesse für demokratische Entscheidungsprozesse zu wecken und ein vertieftes Verständnis für parlamentarische Abläufe zu vermitteln.

Der Gesetzgebungsprozess soll in seinen Kernpunkten verstanden und nachvollzogen, nicht nur simuliert werden. Als Unterstützung für die Vorbereitung werden den TeilnehmerInnen speziell ausgearbeitete Arbeitsmaterialien zu parlamentarischen Abläufen und Begriffen zur Verfügung gestellt.



Abb. 35. Jugendparlament November 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

In Anlehnung an den Vorsitzturnus im Bundesrat werden jedes Halbjahr Schulklassen aus dem jeweils den Vorsitz im Bundesrat führenden Bundesland zur Teilnahme eingeladen.

Demgemäß fand am 16. Mai 2008 das Jugendparlament zum Thema „Jugendstrafrecht“ unter Beteiligung von Tiroler Schulklassen statt, im zweiten Halbjahr, am 21. November 2008, diskutierten SchülerInnen aus Vorarlberg die Veran-

kerung von Kinder- und Jugendrechten in der Verfassung sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut. Ablauf und Ergebnisse sind auf der Website des Jugendparlaments www.reininsparlament.at veröffentlicht.

Das nächste Jugendparlament findet am 14. und 15. Mai 2009 für TeilnehmerInnen aus Wien statt.

Kontakt: jugend@parlament.gv.at



Abb. 36. Jugendparlament November 2008 (© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

ERSTMALS WAHLBERICHTERSTATTUNG AUS DEM HOHEN HAUS

Am Wahlsonntag, dem 28. September 2008, erfolgte erstmals die Berichterstattung über die Nationalratswahlen aus dem Parlamentsgebäude und nicht aus dem Innenministerium. Bereits die traditionelle Diskussion der Spitzenkandidaten am 25. September 2008 wurde aus dem Haus am Ring übertragen. Damit konnte für die Öffentlichkeit der Zusammenhang zwischen der Wahl zum Nationalrat und dem Ort, an dem die Abgeordneten tätig sind, sichtbar gemacht werden.

Am Wahlsonntag, dem 28. September 2008, erfolgte erstmals die Berichterstattung über die Nationalratswahlen aus dem Parlamentsgebäude und nicht wie bisher aus dem Innenministerium. Bereits die traditionelle Diskussion der Spitzenkandidaten am 25. September 2008 wurde aus dem Haus am Ring übertragen. Damit konnte für die Öffentlichkeit der Zusammenhang zwischen der Wahl zum Nationalrat und dem Ort, an dem die Abgeordneten tätig sind, sichtbar gemacht werden.

Am Wahltag wurde vom ORF, der als Host Broadcaster fungierte, die erste Interviewrunde der Spitzenkandidaten live aus der Säulenhalle – unmittelbar nach der Bekanntgabe des vorläufigen Ergebnisses durch die Frau Bundesministerin für Inneres – übertragen. Danach folgten Zuschaltungen für den ZIB-Flash, die ZIB 1, ZIB 2 und ZIB 24. Die Diskussionsrunde der Parteienvertreter wurde am späteren



Abb. 37. Wahlberichterstattung aus dem Parlament am 28.9.2008
(© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

Abend wiederum aus dem Sprechzimmer gesendet. Über Monitore in der Säulenhalle und in den Nebenräumen konnte die laufende Wahlberichterstattung des ORF verfolgt werden.

Für in- und ausländische Radio- und Fernsehstationen wurden in der Säulenhalle bzw. auch in anderen Räumlichkeiten die technischen Voraussetzungen für die Direktübertragung geboten.

Im Vorraum des Bundesratssitzungsraumes hatte das Bundesministerium für Inneres eine Außenstelle eingerichtet, wo die aktuellen Detailergebnisse der Wahlen abgefragt werden konnten.

Internationales Pressezentrum

Im Lokal VIII war ein internationales Pressezentrum mit technischen Voraussetzungen für die Übertragung von Bild, Ton und Text eingerichtet worden, das den MedienvertreterInnen am Abend des 25. September, am Samstag, dem 27. September 2008 und natürlich am Wahltag zur Verfügung stand. Insgesamt waren 15 ISDN, 10 ADSL und 5 analoge Telefonleitungen im Pressezentrum installiert worden. Jeder Arbeitsplatz hatte einen LAN Anschluss, im Bereich des Pressezentrum, der Säulenhalle und der Cafeteria wurde überdies Funk-LAN mit WEP-Verschlüsselung angeboten. Rund 300 akkreditierte MedienvertreterInnen konnten somit direkt aus dem Parlament berichten.



Abb. 38. Diskussion der Spitzenkandidaten im Parlament am 28.9.2008
(© Parlamentsdirektion/Mike Ranz)

INFORMATIONSMANGEBOTE DES ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENTS

Das österreichische Parlament im Internet: www.parlament.gv.at

Im vergangenen Jahr gab es rund 1.191.658 „unique visitors“ des Parlaments im Internet. Fast 80 Millionen Hits wurden gezählt und 130 Millionen Pages aufgerufen. Dies zeigt deutlich, dass sich Benutzerinnen und Benutzer intensiv mit der Website und der Arbeit des Parlaments befassen.

Barrierefreier Zugang zum Internetangebot

Einen besonderen Schwerpunkt bildete im Jahr 2008 die barrierefreie Gestaltung der Website des Parlaments. Entsprechend den von der interministeriellen Arbeitsgruppe „Barrierefreiheit bei behördlichen Internetauftritte im Bundesbereich“ vorgegebenen Richtlinien wurden die mehr als 200.000 Seiten des Internetangebotes des Parlaments überarbeitet.

Schwerpunktmäßig wurden dabei Tabellen barrierefrei adaptiert, die uneingeschränkte Skalierung der Schriftgröße auf den einzelnen Webpages sowie die Bedienung des Webangebotes ohne Maus sichergestellt und erklärende Texte für Bilder, Links und Beschriftungen eingefügt. Seit Oktober 2007 gibt es auch ausgewählte Inhalte in Gebärdensprache, wobei diesbezügliche Erweiterungen für 2009 in Aussicht genommen sind.

Intensive Arbeit an strukturellen Verbesserungen für einen leichteren Internetzugang

Die im Jahr 2008 durchgeführten Usability Tests zeigten ganz klar, dass sowohl die spezialisierten Benutzerinnen und Benutzer der Website als auch Bürgerinnen und Bürger, die sich im Internet einfach generell über die Arbeit im Parlament informieren wollen, Verbesserungen anregen. Daher soll im Jahr 2009 der Fokus auf eine Optimierung der Übersichtlichkeit des Webangebotes gerichtet werden.

Ziel ist es, mit einer neuen Webstrategie das Demokratieverständnis zu fördern und das Interesse an der Institution Parlament, an den ParlamentarierInnen und an deren Leistungen zu verstärken.

Angebot Parlament für Kinder www.demokratiewebstatt.at

Am 25. Oktober 2007 wurde – gleichzeitig mit der Eröffnung der Demokratiewerkstatt im Palais Epstein – ein Internet-

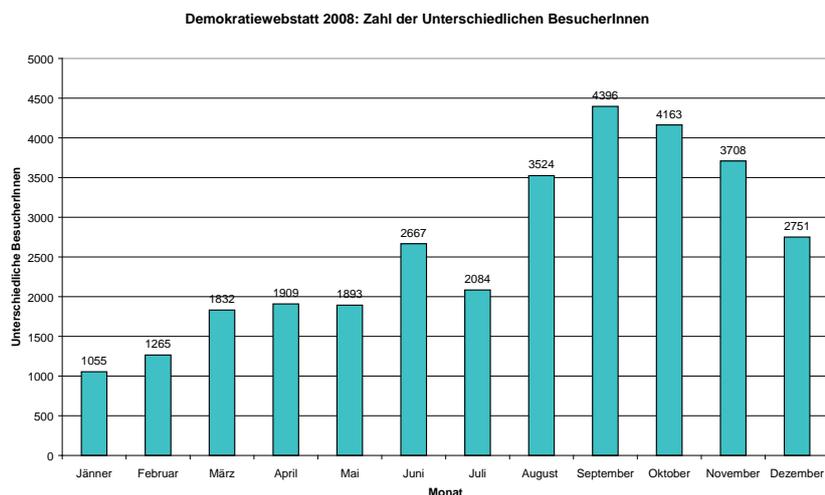


Abb. 39. Grafik (© Parlamentsdirektion)



Abb. 40. Screenshot Demokratiewebstatt (© Parlamentsdirektion)

portal für die Altersgruppe der 8 - 14 Jährigen freigeschalten. www.demokratiewebstatt.at ist ein Internetangebot, das sich durch aktive Mitarbeit von Kindern und Jugendlichen laufend weiterentwickeln soll.

Dieses Angebot hat zwei „Säulen“: Einerseits werden die Ergebnisse der Workshops - in Form von Radio-, Zeitungs- und Videobeiträgen, die die TeilnehmerInnen der Demokratiewerkstatt erarbeiten, präsentiert. Andererseits gibt es speziell für die Altersgruppe der 8-14 Jährigen aufbereitete Themen (Demokratie, Wahlen, Gesetze), ein stetig wachsendes Glossar und verschiedene Spiele, die ein abwechslungsreiches Herantasten an „Parlamentarisches“ ermöglichen sollen.



Abb. 41. Screenshot Demokratiewebstatt (© Parlamentsdirektion)

Ein Gesetzesgenerator, mit dem es z.B. auch möglich ist, Klassenregeln in Gesetzesform zu gießen und entsprechend zu publizieren, nimmt beim spielerischen Erlernen von demokratischen Prozessen eine ganz besondere Rolle ein.

Durch immer wechselnde Themenschwerpunkte – z. B. ein Fußballschwerpunkt im Juni oder ein Sprachenschwerpunkt im Sommer –, einen Newsletter und nicht zuletzt auch durch die vier Leitfiguren, die die Besucherinnen und

Besucher durch das Angebot begleiten, sollen Kinder und Jugendliche animiert werden, immer wieder auf www.demokratiewebstatt.at vorbeizuschauen. Derzeit liegt der Schnitt der täglichen Besuche auf www.demokratiewebstatt.at bei 500 bis 1000 BesucherInnen.

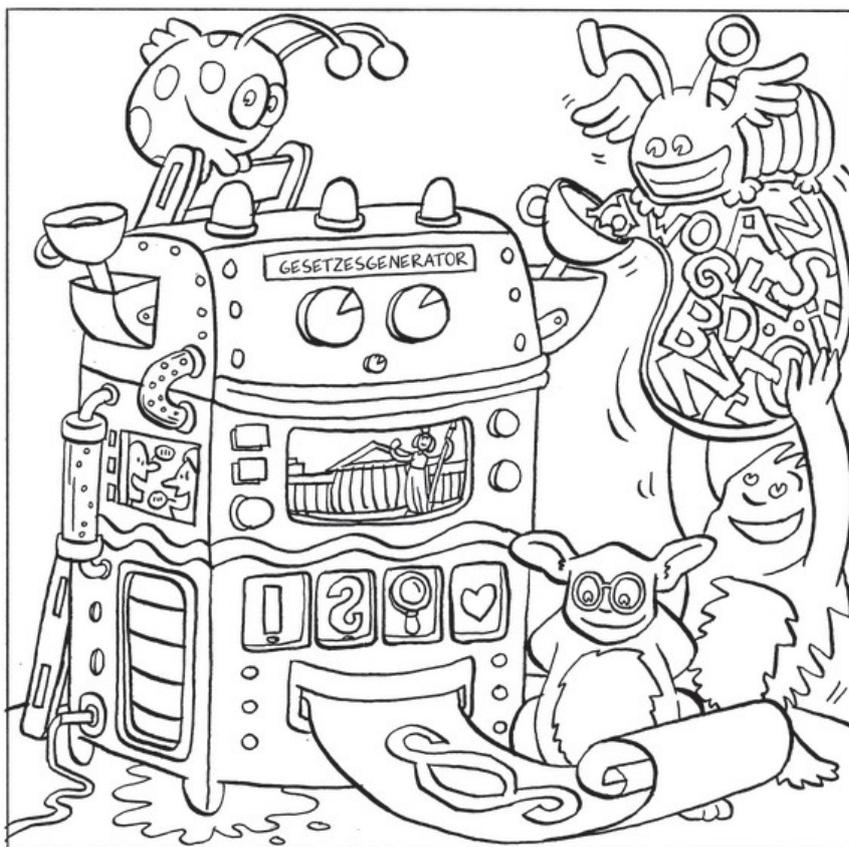


Abb. 42. Gesetzesgenerator (Demokratiewerkstatt für Kinder) (© Parlamentsdirektion)

Diese Zahl konnte während der bis Mitte Mai laufenden Abstimmung zu den Namensvorschlägen der vier Leitfiguren vervierfacht werden. Dies zeigt, dass Kinder und Jugendliche sehr großes Interesse haben, an demokratischen Prozessen teilzunehmen. Mit dem Ziel, Demokratie auch im Internet erlebbar zu machen, wurde ein Spiel entwickelt, mit dem ein Wochenplan eines Politikers/einer Politikerin erstellt werden kann. Kinder können so erfahren, wie es sich mit der Terminplanung unserer VertreterInnen im Parlament verhält.

Im Jahr 2008 haben rund 50.000 Personen die Demokratiewebstatt besucht und dabei vier Millionen Pages aufgerufen. Ziel ist es nun, im Jahr 2009 die Mitarbeit der Kinder und Jugendlichen am Kinderinternet mittels Foren noch zu verstärken und damit auch den Aufbau einer Community zu fördern.



Das Jugendparlament

www.reininsparlament.at

Seit März 2008 online, richtet sich www.reininsparlament.at an SchülerInnen der neunten Schulstufe, die sich mit ihrer Klasse für eine Teilnahme am zweimal jährlich stattfindenden Jugendparlament bewerben können. Im Jugendparlament übernehmen SchülerInnen für einen Tag lang die Aufgaben der PolitikerInnen; nachzulesen gibt es dann alles unter www.reininsparlament.at.

BürgerInnenservice

Das BürgerInnenservice ist die zentrale Auskunft- und Servicestelle der Parlamentsdirektion und informiert über das parlamentarische Geschehen. Es beantwortet Anfragen zu aktuellen Gesetzgebungsvorhaben und Gesetzesbeschlüssen, zu parlamentarischen Materialien, zur Funktionsweise der gesetzgebenden Organe des Bundes, zu Biografien sowie zur parlamentarischen Tätigkeit der MandatarInnen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Das BürgerInnenservice versteht sich auch als Wissensplattform, die aktiv Informationsleistungen anbietet (z.B. Erstellung von FAQs der Parlamentswebsite, Zusammenstellung von Informationen zu aktuellen Themen).

Postadresse: BürgerInnenservice der Parlamentsdirektion, Dr. Karl Renner-Ring 1-3, A-1017 Wien – Parlament

Kontakt: Tel.: 0810/ 312 560

Montag bis Freitag von 9.00 - 15.00 Uhr zum Ortstarif aus ganz Österreich.

E-Mail: services@parlament.gv.at

Parlamentsführungen

Öffentliche Führungen: Alle öffentlichen Führungen werden in Deutsch und Englisch angeboten. Bei öffentlichen Führungen ist für Einzelpersonen keine Anmeldung erforderlich.

Mitte September bis Mitte Juli:

Ticketverkauf: Montag bis Freitag

08:30 – 18:30 Uhr; Samstag: 09:30 – 16:30 Uhr

Führungen:

Montag bis Donnerstag (werktags)

11:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Freitag (werktags)

11:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Samstag (außer an Feiertagen)

11:00, 12:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Mitte Juli bis Mitte September:

Ticketverkauf: Montag bis Samstag

09:30 – 16:30 Uhr

Führungen:

Montag bis Samstag (werktags)

11:00, 12:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Freitag (werktags)

11:00, 13:00, 14:00, 15:00 und 16:00 Uhr

Spezielle **Familienführungen** werden in deutscher Sprache abgehalten und samstags um 10:30 Uhr und 14:30 Uhr angeboten.

Gruppen-Führungen (ab 15 Personen): Ab einer Gruppengröße von 15 Personen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich. Auf Anfrage sind Gruppen-Führungen auch in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Tschechisch und Ungarisch möglich. Termine werden nach Verfügbarkeit vergeben.

Für Gruppen besteht zudem die Möglichkeit, vertiefend spezielle Inhalte vermittelt zu erhalten. Angeboten werden diese Themenführungen beispielsweise mit den Schwerpunkten Gesetzgebung, Kunstgeschichte und Architektur, Entwicklung des (Frauen-) Wahlrechts oder Parlamentarismus in der Zeit der K & K-Monarchie.

Führungen im Palais Epstein : Von Mitte September bis Mitte Juli werden am

Samstag um 11:00 und um 14:00 Uhr öffentliche Führungen durch die Bel Etage des Palais Epstein angeboten. Für Gruppen besteht an diesem Tag auf Anfrage auch die Möglichkeit, zusätzliche Termine zu buchen. Weiters werden ermäßigte Tickets für einen kombinierten Besuch des Parlamentsgebäudes und des Palais Epstein angeboten.

An Sonn- und Feiertagen, an den Sitzungstagen des Nationalrates und des Bundesrates sowie an Tagen mit Großveranstaltungen im Parlament werden keine Parlamentsführungen angeboten.

Zutritt: Zentraleingang Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien (= Eingang zum BesucherInnenzentrum), direkt hinter dem Pallas Athene-Brunnen

Anmeldung: Parlamentsdirektion/Führungskoordination

Dr. Karl Renner-Ring 3

A-1017 Wien –Parlament

Telefonanmeldung: +43 1 401 10–2400

Fax: +43 1 401 10–2664

E-Mail: besucherservice@parlament.gv.at

Besuch von Plenarsitzungen

Die Plenarsitzungen des Nationalrates und Bundesrates sind grundsätzlich öffentlich. Zuhörerinnen und Zuhörer sind herzlich eingeladen, die Sitzungen von der BesucherInnengalerie des Nationalratssitzungssaals bzw. von den BesucherInnenplätzen im Bundesratssitzungssaal mitzuverfolgen. Erforderlich dafür ist neben einer (kostenlosen) Eintrittskarte ein amtlicher Lichtbildausweis. Eintrittskarten sind an den Sitzungstagen direkt bei den Publikumszugängen erhältlich.

Bei Gruppen über fünf Personen ist eine Anmeldung erforderlich. Für Einzelpersonen sind im Regelfall Plätze vorhanden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, sich für die gewünschte Sitzung anzumelden. Anmeldungen per e-mail unter sicherheitsabteilung@parlament.gv.at bzw. telefonisch unter +43 01 401 10 DW 2482 oder 2333.

Pressedienst

Der parlamentarische Pressedienst, die Parlamentskorrespondenz, berichtet objektiv, umfassend und parteiunabhängig über das Geschehen im Parlament. Mit dem E-Mail-Abonnement der Meldungen der Parlamentskorrespondenz werden Sie automatisch per E-Mail über jede neue Aussendung informiert. Sie können sämtliche Aussendungen der Parlamentskorrespondenz abonnieren oder eine Auswahl nach Themenfeldern treffen. Dieses Informationsservice ist kostenlos.

Homepage:

www.parlament.gv.at

Menüpunkt: *Aktuelles*, dann: *Pressedienst*

E-Mail: pk@parlament.gv.at

Bibliothek

www.parlament.gv.at/bibliothek

Die Bibliothek verfügt per 31. Dezember 2008 über 333.126 Bücher und sonstige Medien. Davon wurden 19.702 im Jahr 2008 von Leserinnen und Lesern in der Bibliothek benützt, 5.709 Werke wurden entlehnt. Die Hitliste der Entlehnungen im Jahr 2008 wird vom ABGB, dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch, in der 21. Auflage aus dem Manz-Verlag, angeführt, gefolgt von „Einstieg französisch“, einem Multimediasprachkurs. Sehr gefragt waren auch „Die illustrierte kurze Geschichte der Zeit“ von Stephen W. Hawking und „Zahl Zeit Zufall“ von Rudolf Taschner.

Seit Mitte des Jahres 2008 befindet sich der Lesesaal für Zeitungen und Zeitschriften nach vierzehn Jahren wieder im historischen Parlamentsgebäude. Ein ehemaliger Magazinsbereich wurde zu einem modernen Mehrzweckraum umgestaltet. Das erste Digitalisierungsprojekt, an dem die Parlamentsbibliothek beteiligt war, feierte 2008 seinen 5. Geburtstag. ANNO, AustriaN Newspapers Online, hat bereits mehr als 4 Millionen Seiten online, darunter die Wiener Zeitung, die Reichspost und den Pester

Lloyd, alle aus den Beständen der Parlamentsbibliothek: <http://anno.onb.ac.at>. Schon seit 2004 digitalisiert die Österreichische Nationalbibliothek im Rahmen des Projektes ALEX historische Rechts- und Gesetzestexte.

Im Gedenkjahr 2008 konnte in Kooperation mit der Parlamentsbibliothek auch die letzte Lücke bei den Parlamentarischen Materialien 1848 – 1934 geschlossen werden. Insgesamt sind bereits mehr als 1 Million Seiten online. Zugänglich sind die historischen Parlamentarischen Materialien direkt über <http://alex.onb.ac.at> oder über den Virtuellen Lesesaal auf der Website des Parlaments, Menüpunkt Service und Kontakt.

Postadresse:

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien-Parlament

Kontakt:

Tel.: +43 1 401 10-2285

Fax: +43 1 401 10-2825

E-Mail: bibliothek@parlament.gv.at

Mediendokumentation

In der Mediendokumentation werden rund 350 Zeitschriften sowie Tages- und Wochenzeitungen und zusätzlich einschlägige Sammelwerke (z.B. Festschriften) ausgewertet. Die ausgewählten Artikel sind (seit 1988) in einer Datenbank abrufbar. Die aktive Information erfolgt im „Monatsspiegel der Mediendokumentation“, in einer Auswahl der wichtigsten aktuellen Artikel.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, einen individuellen „maßgeschneiderten“ Infodienst zu beziehen. Bei diesem „selektiven Informationsdienst“ wird auf Wunsch ein individuelles, maßgeschneidertes Interessenprofil erstellt, auf dessen Basis die AbonnentInnen dann in periodischen Abständen mit Informationen versorgt werden. Außerdem bietet die Mediendokumentation Online-Zugriffe auf zahlreiche Datenbanken, darunter verschiedene Rechtssysteme (CELEX, RIS, JURIS, RDB), EU-spe-

zifische Datenbanken sowie statistische und Volltext-Datenbanken (ÖSTAT, APA, LEXIS-NEXIS, GPI-GENIOS und REUTERS).

Damit besteht weltweiter Zugriff auf die Inhalte von mehr als 40.000 Zeitungen und Zeitschriften. Das Team der Mediendokumentation erstellt darüber hinaus so genannte „Themenspiegel“. Dies sind Nachweise von Kommentaren, Interviews und Diskussionen aus Tages- und Wochenzeitungen sowie einige Aufsätze aus Sammelwerken zu aktuellen Diskussionen. Politische ORF-Sendungen wie „Report“, „Pressestunde“, „Hohes Haus“, „Im Zentrum“ usw. werden ebenso aufgezeichnet wie die ORF2-Nachrichtensendungen; von diesen Aufzeichnungen können auf Wunsch Kopien auf DVD geliefert werden. Darüber hinaus beantwortet die Mediendokumentation individuelle Anfragen und recherchiert jede Art Information, auch unter Beachtung des gesamten Internetangebots.

Postadresse:

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien-Parlament

Kontakt:

Tel.: +43 1 401 10-2718

E-Mail: mediendokumentation@parlament.gv.at

Parlamentsarchiv/ Parlamentarische Dokumentation

Im Archiv des Parlaments werden die Archivalien der gesetzgebenden Körperschaften Österreichs seit 1861 verwahrt, weiters stehen ein Planarchiv mit den erhalten gebliebenen Originalplänen für das Parlamentsgebäude und ein Bildarchiv zur Verfügung. Externe BenutzerInnen können die Archivalien bei Vereinbarung eines Besuchstermins einsehen.

Postadresse:

Dr. Karl Renner-Ring 3
A-1017 Wien-Parlament

Kontakt:

Tel.: +43 1 401 10-2788

Fax: +43 1 401 10-2537

Editorial	Seite	3
Inhaltsverzeichnis	Seite	5
Bilanz der legislativen Parlamentsarbeit im Jahr 2008	Seite	6
Die konstituierende Sitzung des Nationalrates am 28. Oktober 2008 und die Regierungserklärung am 3. Dezember 2008	Seite	11
Ausschüsse des Nationalrates und Untersuchungsausschuss	Seite	14
Geschäftsordnungs-Komitee.....	Seite	21
Die Tätigkeiten des Nationalfonds der Republik Österreich und des Allgemeinen Entschädigungsfonds im Jahr 2008	Seite	22
Parlament und Europa	Seite	24
Internationale Kontakte	Seite	28
Bau- und Sanierungsvorhaben 2008	Seite	32
Der Dialog mit der Öffentlichkeit in Zahlen: Statistisches Material zu Veranstaltungen und Parlamentsführungen.....	Seite	35
Zu den Veranstaltungen des Parlaments während des Jahres 2008	Seite	36
Die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein.....	Seite	45
Erstmals Wahlberichterstattung aus dem Hohen Haus.....	Seite	48
Informationsangebote des österreichischen Parlaments.....	Seite	49